

# Deutsche Rundschau

## in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellung 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschript u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertenzahl 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Bremen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 3

Bromberg, Freitag, den 5. Januar 1934

58. Jahrg.

## Der organisierte Misserfolg.

Berlin über den Völkerbund.

In heftigster Form wird von deutscher Seite gegen die Verbiene Stellung genommen, den Völkerbund und seine Methode als notwendige Grundlage der internationalen Zusammenarbeit zu erklären. Man erhebt dagegen Einpruch, daß die Ereignisse des Jahres 1933 durch das alte System von Genfer Tagungs- und Vertragsterminen tyrannisiert würden, um derart wirkliche Erfolgsaussichten der Gunsten einer bequemen und gefährlichen Illusion zu opfern.

Wer noch im guten Glauben von der Methode des Völkerbundes oder der kollektiven Verhandlungsmethode überhaupt etwas Positives erwartet, sagt die "Deutsche Diplomatische Korrespondenz", müßte durch die Erfahrungen des Jahres 1933 endgültig eines Besseren belehrt werden. Dieses Jahr war bei seinem Beginn neben der Abrüstungsfrage, die inzwischen zu den bekannten Genfer Misserfolgen geführt hat, vor allem von dem Gedanken einer gemeinsamen Anstrengung aller Länder zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise beherrscht. Die Lausanner Konferenz vom Sommer 1932 hatte das Vertrauen zur Konferenzmethode stark belebt und weitgehende Hoffnungen erweckt. Dabei war aber vergessen worden, daß in Lausanne ein konkretes Problem zu lösen war, das durch diplomatische Verhandlungen und noch mehr durch die nicht zu leugnenden Tatsachen der internationalen Entwicklung genau umschrieben worden war. Zwar sollte auch die Weltwirtschaftskonferenz, von der eine entscheidende Wendung der Krise erwartet wurde, vorbereitet werden, aber die Vorbereitung erfolgte im Rahmen und im Geiste von Genf, somit als Kampf um die Formulierung einer Diskussionsgrundlage mit allen Zusätzen, Unklarheiten, Lücken und unbefriedigenden Kompromissen, die sich aus dieser Methode für das Programm der eigentlichen Konferenz ergeben mussten. Unter Beteiligung von 66 Staaten, die alle nur denkbaren Wirtschaftssysteme, Finanzorganisationen und Handelsstandards repräsentierten, wurde die Konferenz schließlich im Juli eröffnet, um das phantastische Ziel zu erreichen, die anstrengendsten Interessen innerhalb weniger Wochen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Was theoretisch nur schwer vorstellbar war, wurde durch die demokratisch-parlamentarische Verhandlungsmethode praktisch zur vollen Unmöglichkeit gemacht. Der Sollwaffenstillstand, der auf Veranlassung der Vereinigten Staaten zu Beginn der Konferenz von über 50 Staaten angenommen wurde, ist allgemein als glücklicher Auftakt für die Konferenz angesehen worden, aber diese provisorische und sehr unverbindliche Vereinbarung war nur ein letztes Aufsacken, das die ganze Hoffnungslosigkeit der Konferenzsituation hervorhob. Viele Staaten ließen es sich angelegen sein, schon diese Vereinbarung mit Vorbehalten zu umgehen und nach Abschluß der Konferenz alsbald wieder unter mehr oder weniger deutlichem Hinweis auf ihre Erfolglosigkeit zu kündigen. Der Konferenzapparat selbst hat sich auch in London als völlig unfähig erwiesen, große Fragen zu lösen und widerstreitende Interessen zu verhindern. Im Gegenteil, es kam anscheinlich der Begrüßungsfrage zu einer Vertiefung und Verschärfung des Gegensatzes zwischen den sogenannten Goldländern und denjenigen, die sich vom Golddstandard mehr oder weniger weit entfernt hatten. Auch in der Handelspolitik ist die Lage heute ungelöster denn je, weil nach dem Londoner Misserfolg nicht einmal die Hoffnung besteht, daß eine internationale Lösung in naher Zukunft erreicht werden kann. Die in Genf beliebte Methode, eine Konferenz zunächst einmal in Gang zu bringen und die Erzielung von Resultaten mehr von dem technischen Apparat als von dem politischen Willen der Beteiligten zu erwarten, hat sich damit auch für die Zukunft der internationalen Wirtschaftsbeziehungen verhängnisvoll ausgewirkt.

Die seit der Konferenz von Lausanne unternommenen Versuche zur kollektiven Lösung der mittel- und ost-europäischen Wirtschaftsprobleme blieben ebenfalls ergebnislos. Eine Reihe von Plänen ist aufgetaucht, der wichtigste Versuch zu einer Vereinigung ist auf der Konferenz von Stresa, die auf eine Initiative der Europäischen Studienkommission, sowie auf einen Beschuß der Konferenz von Lausanne zurückgeht, unternommen worden. Es wurden Beschlüsse zur Schaffung von aus internationalen Beiträgen zu bestehenden Fonds zu Gunsten der Südoststaaten gefaßt, um ihnen Kredite sowie lohnende Absatzmöglichkeiten für ihre landwirtschaftliche Produktion zu eröffnen. Diese Beschlüsse waren durch zahlreiche Vorbehalte der beteiligten Staaten von Anfang an entwertet und sind nie zur Ausführung gekommen. Die von Briand ins Leben gerufen Europa-Kommission, der die Behandlung der mittel- und ost-europäischen Probleme zugewiesen worden war, ist offenbar in richtiger Erkenntnis ihrer eigenen Überflüssigkeit, seit mehr als einem Jahr nicht mehr zusammengetreten, nachdem sie sich auf ihrer letzten Tagung im Oktober 1932 mit den Ergebnissen der Konferenz von Stresa beschäftigt hatte.

Einerlei, ob man es beklagt oder nicht, schließt die offiziöse Berliner Stelle, daß Genfer System der kollektiven Verhandlungen hat sich im Jahre 1933 auf den letzten Gebieten, die seiner Betätigung nach offenstanden, totgelaufen. Es ist, was immer man auch zu seinen Gunsten und zu seiner Entschuldigung anführen mag, endgültig zu einem Instrument des Misserfolges, der Unfruchtbarkeit, des Rückstretes und gegebenenfalls der Sabotage geworden.

## Die römischen Besprechungen.

Paris, 4. Januar. (PAT) Pariser Pressemeldungen zufolge hat die erste Zusammenkunft zwischen dem englischen Außenminister Sir Simon und Mussolini am Mittwoch nachmittag stattgefunden. Nach dieser Konferenz gab Minister Simon Pressevertretern gegenüber folgende Erklärung ab:

"Wir sind keine Pessimisten, doch das Abrüstungsproblem ist schwer zu lösen. England ist bereit, alles zu tun, um eine Annäherung der Ansichten herbeizuführen, wobei es sich von Rücksichten der Gerechtigkeit und der gefundenen Vernunft leiten lassen wird. Über die Ergebnisse der Besprechungen kann jetzt noch nichts verraten werden."

### Englische Informationen über die Unterredung

London, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Über die Zusammenkunft zwischen Mussolini und Simon berichtet der Korrespondent des Reuter-Bureaus in Rom, Simon habe gestern den ganzen Tag mit dem Studium von Depeschen aus London verbracht und die Prüfung der französischen Denkschrift fortgesetzt. Es verlautet, daß bei der Zusammenkunft am Abend die Abrüstungsfrage eingehend untersucht wurde, daß aber keine Entscheidung getroffen wurde, da die Besprechung nur der Auseinandersetzung der Auffassungen beider Länder diente. Es wurde beschlossen, die Frage einer Neugestaltung des Völkerbundes heute zu behandeln. In Rom besteht der Eindruck, so heißt es in der Reuter-Meldung weiter,

daß in der Frage der Rüstungs-Verminderung der britische und der italienische Standpunkt einander sehr nahe seien

und daß man der Auffassung sei, es könne sich nicht darum handeln, ob Deutschland 300.000 Soldaten haben solle oder nicht, sondern darum, daß die von den Friedensverträgen geschaffene künstliche Ungleichheit beseitigt werden soll. Nur Abrüstung auf Grund ehrlicher Übereinstimmung wird als der Mühe wert betrachtet.

Der Korrespondent des "Daily Telegraph" in Rom weiß zu berichten, Mussolini sei durchaus bereit, Anregungen, von denen ein Kompromiß zwischen Paris und Berlin

erhofft werden könnte, auf halbem Wege entgegenzukommen. Er vermeide aber sorgfältig alles, was als Ultimatum aufgefaßt werden könnte.

### Französische Stimmen.

Paris, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Presse verfolgt eingehend die römischen Besprechungen zwischen Mussolini und Sir John Simon. Der Berichterstatter des "Echo de Paris" glaubt erfahren zu haben,

daß man die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund für unerlässlich halte,

„weil die Lösung des Abrüstungs-Problems nicht ohne Mitwirkung von Frankreich befriedeten oder verbündeten Mächten gefunden werden könne“. Möglicherweise werde man auf einer Workonferenz die zum Teil einander entgegengesetzten Theesen der früheren Verbündeten und Deutschlands auszugleichen versuchen. Der Berichterstatter glaubt nicht, daß Sir John Simon auf der Rückreise nach London in Paris Aufenthalt nehmen werde.

Auch der römische Berichterstatter des "Matin" spricht von dem Wunsche Italiens, eine Zusammenkunft der vier Großmächte zustande zu bringen, auf der Italien und England die Schiedsrichter- und Vermittlerrolle übernehmen könnten.

Der Berichterstatter meldet weiter, daß Mussolini dem englischen Außenminister einen festen Plan zur Reform des Völkerbundes unterbreitet habe. Nach diesem Plan sollten die vier Großmächte in Genf als "Länderausschuß" zusammentreten. Liege eine wichtige, vom Völkerbund zu behandelnde Frage vor, so würde dieser Länderausschuß jeweils die an der Frage beteiligte Macht zu seiner Beratung hinzuziehen, und dann der Vollversammlung einen Bericht in Form einer "Empfehlung" vorlegen.

In der Beilage der vorliegenden Zeitung:  
Wie Joseph Pilsudski nach Sibirien kam...

### Rücktritt Titulescu?

Wie aus Wien gemeldet wird, hat der zur Kur in St. Moritz weilende rumänische Außenminister Titulescu dem neuen rumänischen Ministerpräsidenten Angelescu auf schriftlichem Wege sein Rücktrittsgesuch übermittelt. Nach diesen Informationen soll Titulescu in dem Schreiben sich darauf berufen haben, daß nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Duca noch kein Mitglied des neuen Kabinetts, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, vereidigt worden sei, so daß auch er sich nicht als Mitglied des neuen Kabinetts betrachten könne. Titulescu habe in seinem Schreiben an den Ministerpräsidenten gebeten, seinen Rücktritt zu erklären und einen anderen Ministerpräsidenten zu benennen. Solange dies nicht erfolge, werde er nicht nach Rumänien zurückkehren.

Trotzdem das Gerücht von dem Rücktrittsgesuch Titulescus dementiert wird, herrscht besonders in französischen Kreisen eine große Beunruhigung, besonders aus dem Grunde, weil Titulescu als aufrichtiger und großer Freund Frankreichs gilt.

Nach Informationen aus anderen Quellen soll Titulescu der Ansicht sein, daß der neue Ministerpräsident Angelescu nicht imstande sein werde, die in der gegenwärtigen Situation für Rumänien so notwendige Regierung der starken Hand zu bilden.

### Eine Erklärung der Rumänischen Regierung

Das Gerücht über den bevorstehenden Rücktritt des rumänischen Außenministers Titulescu wird in hiesigen politischen Kreisen entschieden dementiert. Es wird hier betont, daß der Rücktritt Titulescus im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei, sei es auch schon aus dem Grunde, weil man bis zum 8. Januar, an dem die Konferenz der Staaten der Kleinen Entente beginnt, keinen entsprechenden Nachfolger finden könnte.

Außenminister Titulescu hat an König Karl ein Schreiben gerichtet, dessen Inhalt jedoch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist.

### Rücktritt des rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 4. Januar. (PAT) Das rumänische Kabinett ist zurückgetreten. Die Mission der Bildung der neuen Regierung hat der bisherige Minister für Industrie und Handel, Tataraschi, der Führer der liberalen Jugend, erhalten. Es wird damit gerechnet, daß das neue Kabinett noch im Laufe des heutigen Tages gebildet werden wird.

**Die neue deutsch-polnische Vereinbarung  
über den Kleinen Grenzverlehr  
finden unsere Leser in der Beilage dieser Ausgabe**

### Der Mörder Ducas über die Gründe seiner Tat

Paris, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Sonderberichterstatter des "Journal" hatte Gelegenheit, im Bukarester Gefängnis den Mörder des rumänischen Ministerpräsidenten Duca, Constantinescu, zu sprechen. Nach dem Beweggrund zu seiner Tat befragt, erklärte Constantinescu: Ich habe Duca erschossen,

weil er Rumänien unter die Abhängigkeit des Auslandes brachte

und nach keiner rumänischen Lösung der politischen Fragen suchte. Der Berichterstatter stellte Constantinescu die verfängliche Frage, ob die Eisernen Garde, der er angehört, nicht bestimmten ausländischen Doktrinen huldige, ob sie z. B. nicht das nationalsozialistische Deutschland bewundere. Constantinescu erwiderte dem Fragesteller folgende Abfuhr: Diese Frage interessiert mich nicht. Ich wiederhole: Ich habe Duca erschossen, weil ich nicht wünsche, daß mein Land unter der Herrschaft anderer Länder lebt. Ich habe mich auf den nationalsozialistischen Boden gestellt. Das ist alles.

Constantinescu bemerkte auf eine weitere Frage ironisch, daß man vergeblich nach weiteren Mittätern suchen werde. Zum Schluß erklärte er: Ich bedauere, auf den Ministerpräsidenten meines Landes geschossen zu haben, aber ich bedauere keineswegs, einen verhängnisvollen Politiker besiegt zu haben.

### Pertinax widerspricht sich.

Paris, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Tage nach der Ermordung des rumänischen Ministerpräsidenten Duca am 30. Dezember schreibt Pertinax im "Echo de Paris", der Anschlag auf Duca beweise, daß Rumänien nicht nur eine schreckliche wirtschaftliche und finanzielle, sondern auch eine moralische Krise durchmache. Im Gegensatz zu den sonstigen Pariser Presseäußerungen an jenem Tage stand auch die sehr viel richtigere Meinung von Pertinax, daß die Eisernen Garde keine ausgesprochen deutschfreundliche Partei sei. Fast sämtliche übrigen Pariser Zeitungen verurteilten die Ermordung Ducas auf nationalsozialistische Propaganda zurückzuführen, ein Vorgehen, dem sich Pertinax nicht anschloß. Fast sechs Tage hat es gedauert, bis auch Pertinax glaubte, die Entdeckung machen zu müssen, daß die nationalsozialistische Propaganda für das Verbrechen verantwortlich sei. Die Bestrebungen des Nationalsozialismus, so behauptet er, ließen daraus hinaus Rumänien ins Schlepptau des Panzermanismus ziehen. Seine vor sechs Tagen geäußerte Meinung hat ihn völlig unbekümmert gelassen, was offenbar beweist, daß er seine Aufgabe als Journalist nicht sehr ernst nimmt.

### Belagerungszustand über ganz Rumänien.

Der rumänische Ministerrat hat beschlossen, den Belagerungszustand über das ganze Land zu verhängen. Der Erlass ist vom König unterzeichnet worden.

## Der neue Chef der Heeresleitung.

Berlin, 4. Januar. (PAT) Auf Vorschlag des Reichswehrministers hat Reichspräsident von Hindenburg den Befehlshaber im Wehrkreis III, Generalleutnant Freiherr von Tritsch, anstelle des vor einigen Tagen zurückgetretenen Generals von Hammerstein zum Chef der Heeresleitung ernannt.

Freiherr von Tritsch war als Kriegsteilnehmer Offizier im Generalstab des vierten Armeekorps. Er war sodann im Generalstab der deutschen Luftwaffentreifkräfte tätig. Im Jahre 1924 avancierte er zum Stabschef der in Königsberg stationierten I. Division. 1926 wurde Freiherr von Tritsch Abteilungsleiter im Reichswehrministerium und im Jahre 1929 war er Kommandant der I. Kavallerie-Division mit dem Sitz in Frankfurt an der Oder. Im Juni 1932 wurde er zum Generalleutnant befördert.

## Der Führer dankt seinen alten Kämpfern.

Aus Anlaß der Jahreswende hat der Führer an seine ältesten Kämpfergenossen in führender Stellung längere persönliche Schreiben gerichtet, in denen er sie „in herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung“ grüßt. In dem Schreiben an den Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Hess heißt es: „in alter herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung“. Außerdem wurden durch dieses persönliche Handschreiben geehrt: Reichsminister Dr. Goebbels, Reichsminister Göring, Reichsminister Seelde, Stabsleiter Dr. Ley, Reichsjugendleiter Baldur von Schirach, Reichsleiter Alfred Rosenberg, Stabschef der SA Röhm, Reichsführer der SS Himmelfahrt, Reichsleiter (der Parteigerichtsbarkeit) Buch und Reichsleiter Verlagsdirektor Mann.

## Reichsführertagung auf Ende Januar verschoben.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die für den 5. bis 7. Januar auf dem Obersalzberg einberufene Reichsführertagung der NSDAP auf Ende Januar verschoben. Die Tagung wird dann in Berlin stattfinden. Die für den 4. Januar angekündigte Tagung der Reichsleiter und Amtsleiter in München findet statt.

## Rücktritt des Reichskirchenministers Weber.

Berlin, 4. Januar. (Eigene Meldung.) Das reformierte Mitglied des evangelischen Reichskirchenministeriums, Pfarrer Weber, hat — wie erst gestern abend bekannt wurde — bereits am 22. Dezember auf eigenen Wunsch sein Amt niedergelegt.

## Evangelischer Reichsjugendpfarrer berufen.

Reichsbischof Müller hat den Pfarrer Bahn aus Aachen zum Jugendpfarrer der Deutschen Evangelischen Kirche berufen und ihn beauftragt, im Rahmen einer Neuordnung des evangelischen Jugendwerks die Eingliederung in die Hitler-Jugend unverzüglich vorzubereiten und terminmäßig durchzuführen.

## Baltisch-standinavischer Block.

Die lettische Presse veröffentlicht Erklärungen verschiedener politisch führender Persönlichkeiten Lettlands, Estlands und Finnlands in der Frage eines baltisch-standinavischen Blocks. Nach Ansicht des lettischen Außenministers Salnais ist die Bildung eines solchen Blocks trotz der Schwierigkeiten, die diesem Vorhaben entgegenstehen, energisch ins Auge zu fassen. Der estnische Außenminister Lihhan erklärte, daß schon im Jahre 1917 nach dem bolschewistischen Umsturz in Russland die Idee eines Verbandes der kleineren und mittleren Staaten an der Ostsee aktuell gewesen sei. Sie habe ihre politische Bedeutung auch jetzt nicht verloren; doch die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Idee sei schwierig. Sie sei eine Frage der weiteren Zukunft. Der Außenminister Finnlands sprach sich in dem gleichen Geiste aus und kam zu dem Schluss, daß die an der Ostsee liegenden Staaten eine gemeinsame politische Sprache finden müssten.

## Litauisch-polnische Annäherung?

Warschau, 3. Januar. (O.E.) Während der Weihnachtsfeiertage hat sich in Wilna der Vorsitzende des in Litauen bestehenden Verbandes zur Befreiung Wilnas, Professor Birzyska, aufgehalten. Angeblich war er nur zum Besuch seiner Verwandten nach Wilna gekommen. Wie man in Warschauer politischen Kreisen aus Wilna erfährt, soll aber Birzyska bei seinem Aufenthalt in Wilna dem damals ebenfalls dort weilenden Marschal Piłsudski einen Besuch gemacht und mit ihm eine längere Unterredung gehabt haben. Über diese Unterredung hat man indessen bisher nichts erfahren können. Unterdessen ist Birzyska nach Warschau gekommen und Gerüchte wollen von politischen Konferenzen wissen, die er hier haben werde.

## Russisch-polnische Unabhängigkeit-Garantie für die Randstaaten?

London, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Korrespondent des "Daily Herald" weiß zu berichten, Litwinow habe der polnischen Regierung vorgeschlagen, daß die Sowjet-Union und Polen gemeinsam die Unabhängigkeit und Unverleglichkeit der vier Randstaaten: Finnland, Estland, Lettland und Litauen garantieren sollten.

Der Korrespondent hält es für sicher, daß die polnische Regierung den Vorschlag annehmen werde.

## Rundfunk-Neujahrsgruß an die Auslandspolen

Am Abend des Neujahrstages hielt Senatsmarschall Raczkiewicz als Vorsitzender des Rates der Auslandspolen eine Rundfunkrede an die Polen jenseits der Staatsgrenze, die auf eine Verteidigung der Außen- und Innenpolitik der jeweiligen Regierung hinaußieß. Der Senatsmarschall begrüßte insbesondere die Ablehnung des Bizerkates und ähnlicher Pläne zur Umgestaltung des Völkerbundes, sowie die neuen Verfassungsentwürfe des Regierungslagers.

## Deutsches Reich.

### Bankier Melchior gestorben.

Der bekannte Bankier Melchior ist am Sonnabend nachmittag in Hamburg einem Herzschlag erlegen.

Carl Melchior, der im 63. Lebensjahr stand, war Mitinhaber des Hamburger Bankhauses Warburg & Co. In der Öffentlichkeit ist er besonders als deutscher Sachverständiger bei den verschiedenen Reparationskonferenzen bekannt geworden. In dieser Eigenschaft gehörte er auch der deutschen Delegation auf der Pariser Young-Konferenz im Jahre 1929 und der Lausanner Konferenz an.

### Jakob Wassermann †.

Der Dichter und Schriftsteller Jakob Wassermann ist am Neujahrsmorgen auf seinem Gut in Altauß (Steiermark) gestorben.

Jakob Wassermann war 61 Jahre alt. Er ist als Verfasser einer Reihe von Romanen bekannt. Sein meist gelesenes Werk ist wohl "Der Fall Mauritius". Seine Romane "Das Gänsemännchen", "Christian Wahnschaffe", "Der Fall Kaspar Hauser" und "Esel Andergast" haben ebenfalls große Verbreitung gefunden.

## Aus anderen Ländern.

### Drei ukrainische Regierungsmänner in Ungnade.

Nach einer Meldung aus Charlkow hat das Plenum des Vollzugsausschusses der Ukrainischen Republik die Regierungsmitglieder Reschick, Makarow und Grisch aus seinen Reihen ausgeschlossen und sie von ihren Ämtern entbunden. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie an der Spitze einer national-kommunistischen Opposition in der Ukraine gestanden und das Bestehen dieser Gruppe vor der Parteileitung verheimlicht hätten. Von amtlicher Seite wird über das Schicksal der ausgeschlossenen nichts mitgeteilt, diese sollen nach privaten Mitteilungen bereits seit mehreren Wochen von der Tscheka (GPU) verhaftet worden sein.

### Die Töchter des japanischen Botschafters in Paris werden katholisch.

Die beiden Töchter des neuen japanischen Botschafters in Paris, Saito, sind, wie das "Echo de Paris" berichtet, während der Brüsseler Mission ihres Vaters zum katholischen Glauben übergetreten. Die mit Zustimmung der Eltern vollzogene Taufe wurde vom apostolischen Nuntius in Brüssel vollzogen. Der Papst hat seinen besonderen Segen erteilt.

## Schwere Gruben-Explosion.

### 132 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten.

Prag, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Grube "Nelson III", die der Brüder Schlenkerwerks-Gesellschaft in Oslegg bei Zug gehört, ereignete sich am Mittwoch nachmittag eine schwere Explosion, allem Anchein nach infolge der Entzündung von Grubengasen. Die Nachmittagschicht war von 132 Bergarbeitern besetzt.

Die Gruben-Explosion bei Oslegg soll die größte sein, die sich in der letzten Zeit in Europa ereignet hat. Die Explosion war so stark, daß der ganze Schacht, der in das Innere der Grube führt, einstürzte. Die Rettungsaktion wird insbesondere dadurch sehr erschwert, daß aus der Grube Giftgase ausströmen. Bis jetzt ist es nur gelungen, 16 Tote an die Oberfläche zu schaffen. Es besteht die Befürchtung, daß von den Verstütteten niemand wird gerettet werden können, da alle Ausgänge aus der Grube vollständig verbarrikadiert sind. Die Katastrophe hat im ganzen Lande einen erschütternden Eindruck gemacht. Vor der Grube versammeln sich die Familien der unglücklichen Opfer der Katastrophe; es spielen sich erschütternde Begegnungen ab.

Mittwoch Abend gelang es, den Ventilator in Tätigkeit zu setzen. An dem Ort der Katastrophe trafen der Innensenator und der Minister für öffentliche Arbeiten ein. Die Ursache der Katastrophe ist bis jetzt noch nicht geklärt worden.

## Kleine Rundschau.

### Die Katastrophe von Lagny.

Der Untersuchungsrichter, der die Untersuchung über die Feststellung der Verantwortlichkeit für die Katastrophe bei Lagny führt, hat sechs Personen unter Anklage gestellt, denen Unvorsichtigkeit und Vernachlässigung der Beobachtung des Reglements vorgeworfen wird. Unter den Angeklagten befinden sich der erste Ingenieur Merlin, sein Stellvertreter, Ingenieur Montigny, und vier andere eisenbahntechnische Beamte.

### Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich.

In der Nacht zum Donnerstag ereignete sich in der Nähe von Spinal ein Eisenbahnunglück, bei dem 12 Soldaten mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Eine Lokomotive, die zwei Eisenbahnwagen abschleppen sollte, in denen sich Soldaten eines Jägerbataillons befanden, fuhr so stark auf einen der beiden Wagen auf, daß er aus den Schienen sprang und zum Teil auseinanderfiel. 12 Soldaten erlitten dabei zum großen Teil Quetschungen und mußten ins Militär-Lazarett überführt werden.

### Tausende von toten Krähen aufgefunden.

In der englischen Grafschaft Dorset, nördlich von Dorchester, sind in einem Umkreis von 30 Kilometern Tausende von Krähen tot aufgefunden worden. Es besteht der Verdacht, daß irgendwer Bauer auf seinem Felde Arsenik ausgestreut hat, um die Vögel als Schädlinge zu vergiften. Eine amtliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

### Die deutsche Sprache an der Universität Konstantinopel.

Das türkische Unterrichtsministerium ist an die Leitung der deutschen Schule in Konstantinopel mit der Bitte herangetreten, ihm Lehrkräfte für den Unterricht

in deutscher Sprache an der Universität zur Verfügung zu stellen, damit die Studenten in die Lage versetzt würden, den Vorlesungen der deutschen Professoren ohne Dolmetscher zu folgen. In Frage kommen etwa 400 junge türkische Studenten, die nach Fakultäten gesondert zu unterrichten sind.

## Das Gesetz über die Sozialversicherung in Kraft.

Gemäß der Verordnung des Ministerrats vom 27. 12. 33 ist am 1. Januar d. J. das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. 3. 33 (Dz. Ust. Nr. 51, Pos. 896) auf dem ganzen Gebiet der Polnischen Republik in Kraft getreten, und zwar bezüglich aller Arten der Versicherung, die von dem Gesetz umfaßt werden, nämlich bezüglich der Krankenversicherung, der Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter und zwar auch der geistigen Arbeiter, bezüglich Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit der geistigen Arbeiter und endlich bezüglich der Unfallversicherung aller Arbeiter. Gleichzeitig ist die Ausführungsverordnung des Ministers für soziale Fürsorge in Kraft getreten, worin die Art der Anmeldung und der Einzahlung der Beiträge der Versicherungspflichtigen festgesetzt wird.

Vom 1. Januar ab werden aus den bisherigen Krankenkassen soziale Versicherungsanstalten gebildet. Alle Anmeldungen zur Versicherung und die Anmeldung der Beiträge vom 1. Januar 1934 ab sind nur an die Versicherungsanstalten (d. h. an die bisherigen Krankenkassen) oder ihre Abteilungen zu richten.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, spätestens bis zum 15. Januar 1934 an die zuständigen Sozialversicherungsanstalten (d. h. an die bisherigen Krankenkassen) alle Arbeiter, die am 1. 1. 1934 bei ihnen beschäftigt sind, anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob sie bei den zuständigen Versicherungsanstalten vorher schon gemeldet waren. Die Anmeldung muß individuell, d. h. für jeden einzelnen Arbeiter besonders auf dem Formular Nr. 1 erfolgen, das in den Versicherungsanstalten (den bisherigen Krankenkassen) erhältlich ist.

Alle Arbeitgeber, die am 1. Januar 1934 Arbeitgeber verpflichten, die der Versicherungspflicht unterliegen, sind verpflichtet, bei der Versicherungsanstalt (d. h. der früheren Krankenkasse) ihre Arbeitsstätten bis zum 15. Januar einschließlich auf Formular Nr. 7 anzumelden.

Arbeiter, die nach dem 1. Januar 1934 angenommen werden sind, ist der Arbeitgeber verpflichtet, in derselben Weise innerhalb sieben Tagen anzumelden, und wenn der Sitz der Arbeitsstätte sich außerhalb des Ortes der Versicherungsanstalt oder einer Abteilung derselben befindet, innerhalb zehn Tagen. In derselben Zeit ist der Arbeitgeber verpflichtet, seine Arbeitsstätte anzumelden für den Fall, daß er zum ersten Male Arbeiter, die der Versicherungspflicht unterliegen, angenommen hat.

Die Versicherungsbeiträge für die Zeit nach dem 1. Januar 1934 ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei der Versicherungsanstalt (der früheren Krankenkasse) zusammen mit allen Arten der Versicherung monatlich nachträglich spätestens bis zum 10. jedes Monats zu bezahlen. In derselben Zeit hat der Arbeitgeber innerhalb des Monats eine getretene Veränderung im Stande der Beschäftigung oder Änderungen der Löhne der bei ihm beschäftigten Arbeiter bei der zuständigen Versicherungsanstalt anzumelden, und zwar in der in der Ausführungsbestimmung oder deren Erläuterungen vorgesehenen Art.

Die weiter oben bezeichneten Verpflichtungen der Arbeitgeber betreffen nicht die Anmeldung und die Leistung der Beiträge für landwirtschaftliche Arbeiter, die nur versicherungspflichtig sind für den Fall eines Unfalls — mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, die geistige Arbeiter beschäftigen. Diese Arbeitgeber müssen ihre geistigen Arbeiter in der oben bezeichneten Weise anmelden.

Die Versicherungsbeiträge für die Zeit nach dem 31. Dezember 1933 und zwar auf Grund der Unfallversicherung, der Invaliditäts-Versicherung, der Arbeitslosenversicherung der geistigen Arbeiter und der Invaliditätsversicherung der Arbeiter (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen) auf dem Gebiet der westlichen Wojewodschaften müssen nach dem 1. 1. 1934 bei den territorial zuständigen Abteilungen (Bureaus) der Unfallversicherungsanstalt, der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter und der Invaliditäts-Versicherungsanstalt der Arbeiter bei der Landesversicherungsanstalt (Ubezpieczalnia Krajobrazowa) in Posen gemeldet werden. An dieselben Institutionen sind alle Meldungen und Korrespondenzen, die Versicherungen auf der Grundlage der vor dem 1. 1. 1934 gültigen Gesetze betreffen, zu richten.

Die Verpflichtung der Arbeitgeber bezüglich der Invalidenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter auf dem Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommern und die Organisation dieser Versicherung bleiben weiter unverändert.

Die Beiträge für die Versicherung für Krankheitssfälle und die Gebühren für den Arbeitsfonds für die Zeit bis zum 31. Dezember 1933 sind bei den Sozialversicherungsanstalten, die nach dem 1. 1. 1934 zuständig sind, zu zahlen.

### Für gering entlohnte Arbeiter zahlt der Arbeitgeber die vollen Versicherungsbeiträge.

Eine weitere Verordnung des Ministerrats vom 27. 12. 1933 bestimmt auf Grund des Art. 228 des Sozialversicherungsgesetzes, daß die Versicherungsbeiträge für diejenigen Arbeiter, "deren wirklicher täglicher Arbeitsverdienst" in unserem Teilgebiet 2 Brody nicht überschreitet, der Arbeitgeber allein zu tragen hat.

Als wirklicher Tagesverdienst wird angesehen, sowohl die wirklich erhaltenen Entlohnung für die Arbeit, wie sie in Art. 14 des Sozialversicherungsgesetzes umschrieben ist (d. h. außer dem Gehlohn alle Zuflagen, sowie Wohnung, Unterhalt, Bekleidung etc.) als auch die lokale Entlohnung in dem betreffenden Berufe sowie der Durchschnittslohn gemäß Art. 16 Abs. 4 des Gesetzes. (Nach Art. 16 Abs. 4 des Gesetzes kann auf Antrag der interessierten Versicherungsanstalt ein Durchschnittslohn festgestellt werden, der zur Grundlage für die Versicherung von Personen genommen wird, die in dem betreffenden Berufe beschäftigt sind.)

Auch diese Verordnung ist am 1. 1. 1934 in Kraft getreten.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weißel vom 4. Januar 1934.

Kraut — 2,67, Jawischoff + 2,02, Waricau + 1,53, Blocz + 1,84, Thorn + 1,17, Jordan + 1,40, Culm + 0,78, Graudenz + 1,44, Kurzebrat + 1,66, Biedei + 0,91, Orlschau + 0,89, Einlage + 2,04, Schielenhorst + 2,28.

## In religiösem Wahn

den Freund beim Gebet erschlagen und auf den Fußboden genagelt.

Bromberg, 4. Januar.

Eine furchtbare Bluttat, die zweifellos auf religiösen Wahnsinn zurückzuführen ist, ereignete sich am 2. Januar in der Obersörsterei Leschütz (Leszczyc) hiesigen Kreises. Dort waren seit längerer Zeit zwei Arbeiter, die eng miteinander befreundet waren, als Knechte beschäftigt. Es handelt sich um den 39-jährigen Roman Wróblewski und den 45-jährigen Paweł Misiak, die auch in der genannten Obersörsterei ein gemeinsames Zimmer bewohnten. Am Dienstag begaben sich beide abends in dieses Zimmer und knieten vor den Betten nieder, um die Abendgebete zu sprechen. Plötzlich unterbrach Wróblewski seinen Freund und erklärte, daß dieser die Gebete falsch spreche. Misiak ließ sich jedoch nicht beirren und betete weiter. Wróblewski fiel ihm nochmals ins Wort und sprang schließlich auf, ergriß einen schweren Eisenhammer und versehrte dem Betenden einen solchen Schlag auf den Kopf, daß dieser sofort tot umfiel.

Der Mörder legte sodann die Leiche in die Mitte des Zimmers, breitete die Arme des Verstorbenen aus und verknüpfte die Leiche in Kreuzform auf den Fußboden zu nageln. Durch das Klopfen wurden einige Bewohner in der Obersörsterei aufmerksam und kamen in das Zimmer der beiden Arbeiter. Sie fanden Wróblewski bei seiner entsetzlichen Tätigkeit vor. Als sie ihn aus dem Zimmer entfernen wollten, setzte er sich auf das heftigste zur Wehr und bestand darauf, sein grausames Werk zu vollenden. Unter Anwendung von Gewalt wurde der Mörder schließlich gefesselt und unschädlich gemacht.

Die Bromberger Polizeibehörden wurden telephonisch von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt und verhafteten den Täter.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedroht.

Bromberg, 4. Januar.

### Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

### Kredite zum Bau von Kleinwohnungen.

Wann kommen die Kredite

zum Umbau der großen Wohnungen?

Das Wirtschafts-Komitee des Ministerrates hat einen genauen Plan zur Finanzierung des Wohnungsbaues aus staatlichen Mitteln für das Jahr 1934 ausgearbeitet. Die Landeswirtschaftsbank hat bereits die verschiedenen Komitees zum Ausbau der Städte in den einzelnen Kreisen benachrichtigt, in welcher Höhe Kredite für die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen, sowie die Bestimmungen mitgeteilt, nach denen Anträge auf Erteilung von Krediten ihre Erledigung gefunden haben. Besonders berücksichtigt wurden bei der Verteilung der Kredite diejenigen Städte, die sowohl eine beträchtliche Arbeitslosigkeit wie auch einen Mangel an Wohnungen anzufeuern haben. Wie es in den amtlichen Meldungen heißt, sind die Kredite ausschließlich zur Förderung des Kleinwohnungsbaues bestimmt. Von den Städten, die in dem Kompetenzbereich der Bromberger Abteilung der Landeswirtschaftsbank liegen, haben folgende Städte Kredite zu erwarten: Bromberg 800 000 Zloty und außerdem für die Bebauung von Parzellierungsfächern 240 000 Zloty, Culm 20 000, Graudenz 150 000, Inowrocław 80 000, Nakel 25 000, Podgorz 40 000, Schulz 25 000, Briesen 25 000 und Thorn 300 000 und für die Bebauung von Parzellierungsfächern 160 000.

In den Grenzen der genannten Kontingente können die einzelnen Komitees der oben genannten Städte Anleihe-Anträge beschließen und sie der Landeswirtschaftsbank überweisen. Wie es heißt, sollen die Kredite zum Bau von Stein- wie auch Holzhäusern erteilt werden. Berücksichtigung finden an erster Stelle diejenigen Bauherren, die die geringsten Summen zur Errichtung des betreffenden Hauses gebrauchen. Die Höhe der Anleihe kann nicht die Hälfte der Höhe der Baukosten überschreiten. Für die Kredite muß hypothekarische Sicherheit gewährt werden.

So erfreulich die Tatsache ist, daß endlich eine großzügige Förderung des Bauwesens einzusehen scheint, muß man die Frage aufwerfen, warum lediglich der Kleinwohnungsbau diese Förderung erfahren soll. Angesichts der Tatsache, daß hier in Bromberg eine ganze Anzahl von großen Wohnungen nicht vermietet werden können, da die Wohnungsvergütung bei solchen Wohnungen in Frage kommt, wäre zum mindesten ebenso wichtig, die Erschließung solcher Wohnungen für den Allgemeinedarf zu ermöglichen. Wenn es auf der einen Seite nicht angängig erscheint, die Wohnungsvergütung zu befehligen, dann müßten die maßgebenden Faktoren Mittel und Wege finden, daß die zu sehr günstigen Bedingungen zur Verfügung stehenden Kredite der Landeswirtschaftsbank auch dem Hausbesitz zugute kommen, der damit durch einen Umbau die zur Zeit völlig unbewohnten Wohnungen in einen Zustand versetzen könnte, die eine Einnahme, Steigerung der Steuereinkünfte u. a. m. nach sich ziehen müßte.

Die maßgeblichen Stellen müßten sich u. E. mit diesem Problem auseinandersehen. Durch die Gewährung von Krediten an den Hausbesitz für den oben erwähnten Zweck erhalten ebenso wie bei einem Neubau Handwerker und Arbeiter Beschäftigung. Durch solchen Umbau ließen sich schneller als durch Neubau kleine Wohnungen schaffen. Es würden also die Bedingungen, die an die Verleihung der Summen vom Ministerrat gefügt werden, auch dann erfüllt werden, wenn der Alt-Hausbesitz ebenfalls Nutznießer dieser Kredite werden könnte.

### Der deutsche Frauenverein

(ir. Vaterländischer Frauenverein) hielt im Civiksaal seine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und gedachte mit Dank der beiden Herren Direktor Künnzel und Sanitätsrat Schendell, die sich überaus hervorragende Verdienste um den Verein erworben haben. Alsdann wurde über die

Wirksamkeit und Tätigkeit des Vereins berichtet. Dieser unterhält auf seinen eigenen Grundstücken zwei Klein-Kinder-Bewahranstalten in Schwedenhöhe und Klein-Bartelsee, mit ausgedehnter Gemeinde-, Kranken- und Jugendpflege, sowie ein Altersheim in Schwedenhöhe. Das Sängersheim am Hann von Werthern-Platz ist an den Magistrat verpachtet. Schwester Auguste Schwarz, die seit über 30 Jahren die Station Schwedenhöhe betreut, wurde vom Vorstand durch ein Diplom geehrt. Ihr zur Seite steht Fräulein Lange, der die Sorge um die Kinder obliegt. Auf der Station Klein-Bartelsee arbeitet Schwester Maria Schmöckel mit schönem Erfolg; sie wird in großzügiger Weise von Frau Pfarrer Gauer unterstützt, der auch die ganze Sorge um die Kinderküche zu danken ist. Es werden den Winter über 30 Kinder mit Mittagsbrot beliefert. Das Altersheim in Schwedenhöhe wird von Schwester Hedwig Wiese aus Landsberg musterhaft geführt. Es ist eine Freude, zu sehen, wie die 18 Insassen sie lieben und verehren, darunter zwei 91jährige und eine 97jährige, denen sie ihr Dasein verschont.

## Der Kamerad

Wenn einer von uns müde wird,  
Der andre für ihn wacht.  
Wenn einer von uns zweifeln will,  
Der andre gläubig lacht.  
  
Wenn einer von uns fallen sollt,  
Der andre steht für zwei.  
Denn jedem Kämpfer gibt ein Gott  
Den Kameraden bei.

Hervert Menzel

## Rein deutscher Kassenarzt in drei Kreisen.

z Inowrocław, 3. Januar. Nachdem, wie wir bereits berichteten, Dr. Warschauer-Inowrocław und Dr. Drechsler-Pakoš die Kassenpraxis am 1. 11. 33 entzogen worden war, ist nunmehr auch Dr. Simon hier selbst die Kassenpraxis, die er seit 17 Jahren ausübt, mit dem 30. 12. 1933 genommen worden, so daß in den Kreisen Inowrocław, Mogilno, Strelno kein deutscher Arzt als Kassenarzt mehr tätig ist.

## Der Gratulanten-Chor

in der Neujahrsnacht.

\* Troćan, Kreis Mogilno, 3. Januar. Eine schöne Sitte des Neujahrs-Begrüßens haben hier die jungen Burschen und Mädchen eingeführt. Sie hatten sich versammelt und besuchten gemeinsam jeden einzelnen Hof des Dorfes und brachten ihre Wünsche dar. Insgesamt wurden über 20 deutsche Gehöfte überrascht. Ein Choral mit Waldhorn solo verkündete das Erscheinen der jugendlichen Schar. Einige lehrige Fragen und Antworten im Sprechchor erlebten Gottes Segen auf Haus und Hof, Feld und Flur, Mensch und Tier. Zuletzt ein kurzes, kräftiges Lied und verschwunden waren die nächtlichen Gratulanten. Mancher freudig bewegte Hansvater konnte nur noch ein „Vergelts Gott“ oder „Herzinnigen Dank“ nachrufen.

## Flugzeug-Katastrophe bei Inowrocław.

Am Mittwoch ereignete sich in der Nähe von Inowrocław eine Flugzeugkatastrophe, der ein Offizier des Thorner Fliegerbataillons zum Opfer fiel. Aus unbekannter Ursache stürzte das Flugzeug ab. Unter den Trümmern stand man nur noch die Leiche des Piloten des Hauptmanns Lukasiewicz.

□ Grone (Kronomo), 3. Januar. Kürzlich geriet das Dienstmädchen des Besitzers Karl Pimpler aus Althof (Starzydów) beim Häckselschneiden in die Transmissionswelle. Dabei wurde ihr ein Bein gebrochen.

Bei dem Schmiedemeister Pimpler dorthin stahlen Diebe einen Amboss im Gewichte von drei Bentnern. Die Diebe hatten die verschlossene Tür erbrochen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

k. Czarnikau (Czarnków), 3. Januar. Der Autobus der Linie Pojen-Czarnikau fuhr auf der stark abhängigen Thaußee von Dembe nach Czarnikau auf ein unbekanntes Gespann, dessen Führer anscheinend eingeschlafen war. Das Pferd kam auf den Kühler zu liegen und durchschlug die Vorderscheiben; es erlag den Verletzungen. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Während der Silvesternacht wurde bei dem Küster Schieme eingebrochen. Die Diebe hatten zwei Kammern erbrochen und in der Wohnung einer im selben Stockwerk wohnenden Rentenempfängerin die Betten durchgewühlt. Durch Zufall wurden die Einbrecher überrascht und entkamen unerkannt über die Mauer des Nachbargrundstücks.

Am Neujahrtage wurden nach dem Gottesdienst die neuen- und wiedergewählten Kirchenältesten und Gemeindevertreter von Superintendent Starke in ihr Amt eingeführt.

ss Janowitz, 3. Januar. Im Jahre 1934 werden in Janowitz im Magistratsgebäude an folgenden Tagen Gerichtstermine abgehalten: am 23. Januar, 20. Februar, 20. März, 17. April, 15. Mai, 19. Juni, 17. Juli, 18. September, 16. Oktober, 20. November und 18. Dezember.

\* Kempen, 3. Januar. Es vergeht kein Jahr, daß nicht in der Silvesternacht eine Horde gemeiner Rowdy's den hiesigen deutschen Bürgern Schaden zufügt. So wurde dem Buchdruckereibesitzer und Herausgeber der deutschen Zeitung Adolf Kiehmann wieder ein beträchtlicher Schaden zugefügt. Der in der Poniatowskitraße Nr. 24 in Länge von circa 20 Metern stehende Gartengau wurde vollständig umgebrochen, teilweise gestohlen und auf den Bürgersteig geworfen. Am Neujahrmorgen mußte nun erst das Hindernis mit großen Umständen beseitigt werden.

ss Mogilno, 3. Januar. Aus bisher noch nicht aufgeklärten Gründen versuchte ein Kaufmann in Pakosch sich das Leben zu nehmen, indem er sich vor einen ankommenen Personenzug warf. Das sah der in der Nähe beschäftigt gewesene Arbeiter Max Behr aus Pakosch, dem es gelang, den Kaufmann noch im letzten Augenblick von den Eisenbahnschienen herunterzu ziehen.

ss Posen, 3. Januar. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß es sich bei dem Diebstahl im Postamt des Oberpostdirektions-Dienstgebäudes nicht um einen Raubüberfall, sondern um einen gewöhnlichen Diebstahl mit einem bekannten Trick gehandelt hat. Während nämlich der Laufbursche der Firma Gborek das Geld aufzählte, ließ der eine Dieb ein 50 Groschenstück neben ihm fallen und machte den Laufburschen auf das Geldstück aufmerksam. Während dieser sich bückte, um das Geld aufzuhaben, nahmen die beiden Diebe die Geldrollen mit 500 Zloty und verschwanden mit dem Geld spurlos.

ph Schulitz (Solec), 3. Januar. Der letzte Wochenmarkt war nur mäßig besucht und schwach besucht. Butter kostete 1,20—1,30, Eier brachten 1,80—2,00, Weißkäse 0,25.

## Aus Kongresspolen und Galizien.

### In den Klauen des Löwen.

In dem Lodzer Zoologischen Garten ereignete sich ein schrecklicher Unfall. Dort war der 8jährige Jerzy Gordon mit seinem Bruder erschienen und begab sich direkt vor das Gitter der Raubtiere. Ein Löwe schlug mit einer Pranke nach dem Kind und riß ihm die Kopfhaut herunter, während er mit der anderen Pranke den Jungen an das Gitter herangezogen hatte. Erst das Erscheinen des Wärters befreite das unglückliche Kind aus den Klauen des Löwen.

Chief-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land: Auguste Schmid; für den unpolitischen Teil: Marian Heppke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodka; Druck und Verlag von A. Dietmann & Co. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 3

### Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verband für Jugendpflege. Singstunde für alle Mitglieder am Sonntag, dem 7. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei Wichter (Alt-Bromberg).

Was die „Deutsche Romantik“ unserem Volke gegeben hat, davon wird der Deutsche Abend am 8. Januar singen und sagen. (1896)

Dipl.-Ing. Gustav E. Mielke  
Elisabeth Ch. Mielke

geb. Potocki

Vermählte.

Bydgoszcz, den 30. Dezember 1933. 526

30t 1,75

Bügeln eines Anzuges,  
1,50 Mantel, erträumt.  
Reinigung, sorgfältige  
Reparatur billigst.  
führt aus 8844  
„Ekonoma“  
Dr. Emilia Warmi-  
skiego 10.

Übernehme  
aröhere und kleinere  
Positionen Stab- und  
Borlett-Zuböben

zum Verlegen. Legt  
alte Böden um. Beste  
Reparatur, Gutes Ab-  
ziehen, Reinigen und  
Bohnen. Wilsy-Zentrum  
Parlottverleger, Byd-  
goszcz, ul. Kościuszki 23.  
8819

Offene Stellen

Büderessachmann  
ledig, der die Brot- und  
Feinbäck. vollkommen  
beherrschte. Rechner,  
solide, treibhaft, zuver-  
lässig, ehrlich u. energisch  
ist, wird von Großbäck.

Bertrauens-  
stellung

für Betriebskontrolle u.  
Expedition per 1. 2. 34  
geucht. Angebote mit  
Lebenslauf, Zeugnis-  
abdrücken u. Gehalts-  
forderung bei freier  
Station unter R. 936  
a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Zum 1. 4. 1934 geucht:  
Schmid m. Zulässt.,  
Drechsalm. m. übern.  
w. gut. Beischlagschm.  
Reparatur. an Land-  
maid, unverheir. oder  
verheir. Autischer, ged.  
Kaval. bevor., aber  
nicht Beding. Bewerb.  
m. nur gut. Empfehl.  
woll. sich meld. 8826

Rittergut Aszatty,  
Kreis Wabrzeżno.

Suche von sofort oder  
zum 15. Januar 1934  
einen ledigen

Schweizer

W. Krellau, Gutsbesitz,

Katarzyniec, 930

powiat Kunowice (Pm.)

ul. E. 8727 a.d. Gesch. d. 3.

Geldmarkt

Junger, strebhafter

Holzfachmann

mit ew. Kapital, gute

Empfehlung, sucht ab

1. 2. 1934 oder später  
Beteiligung bzw. Stell.

als Geschäftsführer

oder Verwalter

des grös. gutgelegten

Büroewerkes. Gell. Off.

mit Ang. der Lage und

Größe des Werkes erb.

u. E. 8727 a.d. Gesch. d. 3.

Beamten

30 Jahre alt, m. lang.

Praxis, landw. Buch-

führung, Steuer- und

Schulzengeschäft, ver-

traut, perfekt deutlich

und polnisch, der mich

sich ein Jahr vertreten

hat. Offert. u. E. 8854

a.d. Geschäftst. d. 3.

Erster

Pferdeherr

mit Scharwertern zum

1. April 1934 geucht.

Suche f. pünktl. Zins-

zwecks Ablösung auf

erstl. Geschäftsgren-

züden Toruń z. 1. St. a.d.

Off. u. E. 1697 an Ann.

Exp. Wallis, Toruń, erb.

Suche f. Zahlner 8000 bis

15000 30t auf 1. So-

pothel nach Goldwähr.

Näheres 4360

Diua 47. Wohnung 1.

Auswanderer!

Hypothek, in Goldmark

eingerat., ist zahlbar,

zurzeit zu verkaufen. Off. u.

E. 4332 a.d. Gesch. d. 3.

Dorlehen

Privateider, langfrist.,

eventuell auch amorti-

sierte, schnell. Zins-

lat niedrig. Off. unt. 3.

8806 a.d. Gesch. d. 3.

Heirat

Ausländerinnen

und viele vermögende

deutsch. Damen wünsch-

glück. Heirat. Ausl.

sucht. Kostenlos auch an Dam.

aller Kreise. Größte

Eheanbaunung für

Damen und Herren.

Stabrey, Berlin,

Stolpischestr. 48. 7962

Intellig. Handwerker

mit eigen. Unternehm.

und Grundstück sucht

baldig. Heirat.

Off. m. Eich. u. E. 4300

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Gebild., strebham., solid.

Landwirt

evgl., 29 J., m. 10000 St.

Berm., sucht Damenbet.

zwecks Einheit.

Offerten mit näheren

Angaben der Verhält-

nisse unter R. 8626

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Suche für m. Freunde,

evgl., Größe 1,72, der

eine 30 Jahre alt, 200

Morgen Wirtschaft mit

Dampfmaschine, herri.

Lage am schiffbar. Fluss,

gelauf. und der zweite

29 Jahre alt, 250 Morgen,

erstklassige M., passende

Lebensgefährtinnen

im Alter von 20 bis 28

Jahren. Bermög. 25 b.

30000 erwünscht. Nur

ernstgemeinte Offerten mit

G. B. d. zurücks. wird.

unter R. 8707 an die

Geschäftst. d. Zeitg. erb.

Discretion zugestellt.

Suche für m. Freunde,

evgl., Größe 1,72, der

eine 30 Jahre alt, 200

Morgen Wirtschaft mit

Dampfmaschine, herri.

Lage am schiffbar. Fluss,

gelauf. und der zweite

29 Jahre alt, 250 Morgen,

erstklassige M., passende

Lebensgefährtinnen

im Alter von 20 bis 28

Jahren. Bermög. 25 b.

30000 erwünscht. Nur

ernstgemeinte Offerten mit

G. B. d. zurücks. wird.

unter R. 8707 an die

Geschäftst. d. Zeitg. erb.

Suche für m. Freunde,

evgl., Größe 1,72, der

eine 30 Jahre alt, 200

Morgen Wirtschaft mit

Dampfmaschine, herri.

Lage am schiffbar. Fluss,

gelauf. und der zweite

29 Jahre alt, 250 Morgen,

erstklassige M., passende

Lebensgefährtinnen

im Alter von 20 bis 28

Jahren. Bermög. 25 b.

30000 erwünscht. Nur

ernstgemeinte Offerten mit

G. B. d. zurücks. wird.

unter R. 8707 an die

Geschäftst. d. Zeitg. erb.

Suche für m. Freunde,

evgl., Größe 1,72, der

eine 30 Jahre alt, 200

Morgen Wirtschaft mit

Dampfmaschine, herri.

Lage am schiffbar. Fluss,

gelauf. und der zweite

29 Jahre alt, 250 Morgen,

erstklassige M., passende

Lebensgefährtinnen

im Alter von 20 bis 28

Jahren. Bermög. 25 b.

30000 erwünscht. Nur

ernstgemeinte Offerten mit

G. B. d. zurücks. wird.

unter R. 8707 an die

Geschäftst. d. Zeitg. erb.

Suche für m. Freunde,

evgl., Größe 1,72, der

eine 30 Jahre alt, 200

Morgen Wirtschaft mit

Dampfmaschine, herri.

Lage am schiffbar. Fluss,

gelauf. und der zweite

29 Jahre alt, 250 Morgen,

erstklassige M., passende

Lebensgefährtinnen



Die Rütliszenz aus „Wilhelm Tell“ wirkte durch die Silhouetten vor dem schwach erleuchteten Hintergrunde wirklich groß, und dann das Steguweitsche Rüpelspiel „Iha, der Esel“ löste durch seine Komik und durch das blendende Spiel wahre Lachstürme aus. Nach kurzer Pause folgte dann das Laienspiel „Hansen und Jansen“, das ebenfalls Anklang fand. Das Ganze wurde eingerahmt durch die Volkslieder und besonders schön, ja sogar überwältigend wirkte der Schluss, der in den „Feuer spruch“ ausklang, den alle stehend anhörten. Dank sei den Veranstaltern und Dank den lieben Jungen, die uns diese Stunden schenkten.

Der Verein für Leibesübungen veranstaltete am Dienstag einen gut gelungenen Heimabend im Hotel Engel. Die Spielgruppe, die am Tage vorher den so glänzend verlaufenen Volksunterhaltungssabend veranstaltet hatte, hatte ihr Mitwirken zugesagt. Eine große Schar Mitglieder und Freunde des Vereins waren erschienen, so daß die Räume kaum ausreichten. Es wurde ein sehr gemütlicher Abend. Die jungen Leute sangen ihre frischen Weisen, in die bald das Publikum begeistert einstimmte. Der Männergesangverein trat siebenbürgischerweise auch zweimal mit aufgelegten Volksliedern auf und Herr Raß rezipierte zwei Balladen, die in den Rahmen des Abends hineinpassten. Ein kleines Tänzchen beschloß die gutgelungene Veranstaltung.

Ein Besitzer aus Görsdorf hatte sich vor dem Kronberger Bezirksgericht zu verantworten, weil er „Heil Hitler“ gerufen haben soll. Die Verhandlung wurde vertagt, da noch mehrere Zeugen vernommen werden müssen.

Ein Treibriemen im Werte von 200 Zloty wurde aus der Mühle des Herrn Paezold aus Osterwick gestohlen. Am Sonnabend nachmittag war in dem katholischen Pfarrhaus durch einen schadhaften Ofen ein Fußboden in Brand geraten. Nach 1½ stündiger Arbeit konnte jede Gefahr beseitigt werden.

Der heutige Wochenmarkt war nur mittelmäßig besucht. Butter kostete 1.00—1.40, Eier 1.80—2.00. Ferkel brachten 15.00—18.00 Zloty pro Paar.

O Münsterwalde (Opalenite), 3. Januar. Die Frau des Kaufmanns Cysniewski war mit ihrer Tochter Ursula per Schlitten von Mewe gekommen, als unweit des Dorfes das Pferd durchging. Der Schlitten kippte um. Beide fielen so unglücklich, daß Frau C. eine bedeutende Kopfwunde davontrug und der Tochter der Arm zweimal gebrochen wurde.

Diebe haben sich einen Neujahrsbraten durch Einbruch bei dem Landwirt Böhne beforgt; sie liehen 8 Hühner mit sich gehen. Vorher waren die Einbrecher in ein unbewohntes Haus des kitzlich verstorbenen Sattlermeisters Heinke eingebrochen; hier fanden sie jedoch nichts für sie Bedeckenswertes. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

b. Neumarkt (Nowemiaty), 3. Januar. Der Polizei ist es gelungen, die Spitzbuben, die dem Kaufmann Erich Lewallski 280 Kilogramm Kleesamen gestohlen haben, zu ermitteln und zu verhaften.

Bei einer auf dem Terrain der Gemeinde Tuszevo veranstalteten Treibjagd wurden von 8 Schützen 91 Hasen erlegt. Jagdkönig mit 16 geschossenen Hasen wurde H. Dias in Targowisko.

→ Tuchel (Tuchola), 3. Januar. Am vergangenen Sonnabend wurde vom Winterhilfe-Ausschuß ein Familienabend im großen Saale des „Hotels du Nord“ hier selbst veranstaltet. Das ungünstige Wetter hielt leider viele aus der Umgebung zurück. Trotzdem war der Saal ganz annehmbar besetzt. Der Landesverband für Jugendpflege, Bromberg, hatte aus dem Arbeitslosenlager neun Arbeitslose geschickt, die durch Lautenmusik und zwei Laienspiele: „Die verstorbene Gerechtigkeit“ und „Die fröhlichen drei Könige“ — in angenehmster Weise zur Unterhaltung der Gäste beitrugen und reichten Beifall ernteten. Einen festlichen Vortrag über „Volkstum und die Gegenwart“ hielt Herr Mielke-Bromberg. Eine für das Winterhilfswerk veranstaltete Kollekte erbrachte eine ansehnliche Summe.

Am Jahresabschlußtag fand ebenfalls ein Familienabend im Saale der Damen Wehr in Kęska statt. Auch hier

## Das Thron der 70er und 80er Jahre.

Ein Lang-, Breit-, Quer- und Bildzuschlag durch das Leben und Treiben der damaligen Zeit.

Aus der Erinnerung eines Zeitgenossen.

### VII.

Bekannte Erscheinungen waren die wandernden und auch ortansässigen „Topfchenstricker“. Diese Leute, auch „Böhmen“ genannt, zogen mit ihren wenigen Blechwaren, Töpfen, Maus- und Rattenfängen in die Wohnungen, denn Haustüren ihre Dienste anbiedend. Sie verstanden es wie kaum einer, zerbrochene Steintöpfe und Schüsseln durch Umspinnen mit Draht wieder gebrauchsfähig zu machen. Für wenige Pfennige führten sie diese Arbeit sowohl an Ort und Stelle aus. Ihr Gewerbe ist mit dem Aufkommen von Aluminiumgeräten später ganz erloschen.

Auf den Jahrmarkten, die damals noch große Bedeutung hatten, fanden sich die sogenannten „Mortatensänger“ ein. Zu ihrem Geschäft gehörte eine Drehorgel, eine große mit blutrußigen Mordbildern bemalte Leinwand und ein langer Stock. Mit schauerlichen Stimmen sangen sie zur Drehorgel von Liebe und Mord, in Versen, die sie nach der „reim dich, oder ich fress dich“-Manier selbst zusammengebaut hatten. Für 1 Silbergroschen konnte man sie auch gedruckt erwerben. Mit ihrem langen Stock schlugen sie klatschend auf die rot in rot tiefenden Bilder der Leinwand. Oft sangen Mann und Frau zusammen, was noch viel schauriger klang.

Die Paraden der Garnison wurden auf dem Neustädtischen Markt vor der Kommandantur abgehalten. Sie waren bei der engen Verbundenheit von Garnison und Bürgerschaft ein Festtag für alle. Auch an den regelmäßigen Ständchen, die die Militärkapellen ihren Offizieren brachten, hatten die Bürger viel Freude. Vor der Wohnung des Offiziers, dem das Ständchen galt, stellte sich die Kapelle im Kreise auf der Straße auf. Eine Gefährdung durch vorbei fahrende Autos oder Straßenbahnen war ja noch nicht zu befürchten. Da die Militärkapellen zu damaliger Zeit noch keine Notenständen hatten, so wurden die Notenblätter den sich hierzu drängenden Jungs einfach hinter die Rockfragen gesteckt. Zum Aufstellen der großen Trommel wurde aus dem Haushalt des Offiziers jedesmal ein Stuhl entliehen, denn einen Paukenständer gab es auch noch nicht. Ein großes Publikum sammelte sich rund herum und ließ sich Zeit, die Darbietungen mit Ruhe anzuhören.

Bon den Kapellmeistern genoß Rothbart, der die Kapelle der Bier betreute, größte Sympathie. Er hat sich

erfreut — wie in Tuchel — die neun Arbeitslosen durch Lautenmusik und Gesänge und zwei Laienspiele die gespannt laufende Zuhörerschar. Brausender Beifall belohnte die unermüdlichen Spieler. Auch hier wurde dem Winterhilfswerk durch eine Sammlung ein größerer Betrag zugeführt.

## Freie Stadt Danzig.

### Abschied von D. Kalweit und Brausewetter.

Am 1. Januar traten die beiden ersten Geistlichen der Oberpfarrkirche zu St. Marien in Danzig in den Ruhestand, und zwar Geheimer Konsistorialrat D. Dr. Kalweit als erster und Archidiakonus Arthur Brausewetter als zweiter Geistlicher. Der frühere Generalsuperintendent der Freien Stadt, D. Kalweit, verabschiedete sich im Hauptgottesdienste des ersten Weihnachtsfestes und Archidiakonus Brausewetter am zweiten Weihnachtsfestes von der evangelischen Kirchengemeinde zu St. Marien. Beide Gottesdienste waren ähnlich des Abschiedes beider Geistlichen, von denen Archidiakonus Brausewetter 40 Jahre und Geheimrat Kalweit 22 Jahre in Danzig gewirkt hatten, sehr stark besucht. Die Stelle D. Kalweits als geistlicher Oberhirte der evangelischen Kirche der Freien Stadt Danzig — er wurde im September v. J. als Generalsuperintendent in den Ruhestand versetzt — nimmt jetzt Bischof Beermann ein, jedoch steht seine Einführung in das Bischofsamt noch aus. Die Besetzung der zweiten Pfarrstelle an St. Marien nach dem Ausscheiden von Archidiakonus Brausewetter ist vom Gemeindetkirchenrat ausgeschrieben worden. Während D. Kalweit, ein wissenschaftlich hochgebildeter geistlicher Führer, im 67. Lebensjahr steht, vollendet Archidiakonus Brausewetter im März sein 70. Lebensjahr. Er ist in der literarischen Welt als viel gelesener Romanschriftsteller hervorgetreten.

## Rundschau des Staatsbürgers.

### Neue katholische Kirchensteuer.

Mit dem 1. Januar 1934 ist auf dem ganzen Gebiet der Republik mit Ausnahme der Wojewodschaft Schlesien das Gesetz vom 17. März 1932 über die Erhebung von Beiträgen für die katholische Kirche in Kraft getreten. (Dziennik Ustaw Nr. 35 Pos. 358 vom 25. April 1932.)

Das Gesetz sieht eine gewöhnliche und eine außergewöhnliche Steuer vor, die als Hilfsmittel zur Deckung der Ausgaben für die Bedürfnisse der katholischen Kirche in Gemeinden eingezogen wird. Die Grundlage der Einführung zur gewöhnlichen Kirchensteuer bilden die Staatssteuer, und zwar die Grund-, Einkommen-, Gewerbe-, sowie die Immobiliensteuer in städtischen Gemeinden und bei einigen Grundstücken der Landgemeinden. Die Kirchensteuer zahlen die Katholiken der römischen, griechischen und armenischen Kirche, die in der Gemeinde wohnen, sofern sie eine der oben aufgezählten Steuern zahlen.

Die gewöhnliche Steuer ist für die laufenden Bedürfnisse der Kirche (für Licht, Kirchendiener, Organisten usw.) bestimmt und beträgt grundsätzlich jährlich fünf Prozent der Berechnungsgrundlage (5 Prozent der Grundsteuer, der Einkommenssteuer, der Gewerbesteuer, sowie von Immobilien). Sie ist auf die Dauer von fünf Jahren beschränkt. Zugleich ist auch eine höhere gewöhnliche Steuer als 5 Prozent, und zwar „in Fällen, die eine besondere Verdächtigung verdienen“ unter der Bedingung, daß das Schiedsamt sein Einverständnis dazu gibt. Die Nichtzahlung der gewöhnlichen Kirchensteuer steht auf Antrag des Gemeinderats eine Zwangsbeitreibung nach sich.

Die außergewöhnliche Steuer ist für Zwecke bestimmt, die mit der Erhaltung und dem Bau und Umbau von Kirchen, kirchlichen Gebäuden (Pfarrhäusern usw.) und mit der Unterhaltung von Friedhöfen zusammenhängen. Die außergewöhnliche Steuer ist grundsätzlich eine einmalige; zulässig ist aber die Auferlegung einer neuen außergewöhnlichen Steuer nach der Entstehung eines neuen außergewöhnlichen Beitrages. Gezahlt wird sie von allen Zahlern der gewöhnlichen Kirchensteuer. Bedingt ist ihre Höhe ist sie unbegrenzt. Wird sie nicht freiwillig entrichtet, so kann sie von den Finanzämtern ebenfalls zwangsweise eingezogen werden.

Die gewöhnliche Steuer wird von der Steuervertretung beschlossen, die durch die Gemeindever-

sammlung gewählt wird, welche sich aus Personen zusammensetzt, die auf dem Gebiet der Gemeinde diese Steuer zahlen. Der Vertreter gehört auch der örtlichen Propst oder sein Stellvertreter an. Die Gemeindeversammlung beruft der Propst von der Kanzel und durch Aushängung einer Bekanntmachung an den Kirchenräten zwei Wochen vor dem Zusammentreffen der Versammlung ein. Eine Bekanntmachung in der Presse ist zulässig, aber nicht verpflichtend. Die Höhe und der Termin der Zahlung der Steuer wird nur denjenigen bekanntgegeben, welche die Kirche besuchen. Das Recht der Wahlbarkeit in die Vertretung steht nicht einer Person zu, deren schlechte Sitten oder deren Unordnung in der Vermögensverwaltung bekannt sind. Zur Ausführung des Beschlusses der Vertretung über die Auflösung der außergewöhnlichen Kirchensteuer ist ein Ausführungs-komitee ernannt.

Im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des neuen Kirchensteuergesetzes erinnert der „Blattmann Kurjer Codicium“ daran, daß für die Gehälter der katholischen Geistlichen insgesamt 17 528 000 Zloty aufgewendet werden. Außerdem zahlt der Staatschatz für die Kirche 22 070 000 Zloty.

### Senkung der Stempelabgaben bei Kapitalerhöhung.

Der polnische Ministerrat hat einen Gesetzentwurf über Stempelabgaben für Handelsgesellschaften verabschiedet. Darin werden die im Stempelgesetz vom 1. Juli 1928 in den Artikeln 102, 103, 105, 109 und 110 erwähnten Gebühren von 2 Prozent auf 1 Prozent herabgesetzt, sofern ein Antrag in der Zeit vom Inkrafttreten der neuen Verordnung bis Ende 1935 gestellt wird. Die Herabsetzung der Stempelgebühren gelangt auch bei Beschlüssen über Erhöhung des Grundkapitals von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften zur Anwendung, jedoch nur in solchen Fällen, in denen die Einzahlung auf die Erhöhung des Kapitals spätestens am 30. Juni 1938 begonnen hat. Die in dem neuen Gesetzentwurf vorgesehenen Erleichterungen sind bereits zweimal gewährt worden. Das erste Mal in den Jahren 1927 bis 1929 und das zweite Mal in der Zeit vom 28. März 1931 bis Ende 1932.

### Bergünstigungen im Telegramm- und Telephonverkehr.

Vom 1. Januar 1934 ab gelten vergünstigte Telegraphen- und Telephon-Gebühren. Es sind u. a. folgende neue Telegraphen-Arten eingeführt worden:

1. Ferntelegramme entweder ganz oder teilweise in verabredeter Sprache — CDE — abgesetzt: das Wort 10 Groschen, mindestens jedoch für 5 Worte, Grundgebühr pro Telegramm 35 Groschen. Für Gildegramme — ODE — das Wort 20 Groschen.

2. Gilde Preissetelegramme — D — das Wort 15 Groschen.

3. Reklametelegramme — REK — das Wort 2 Groschen.

Im Telephon tarif sind folgende wichtige Änderungen eingeführt worden:

1. Gilde (auch internationale) Ferngespräche kosten jetzt nur noch das Doppelte eines gewöhnlichen Ferngesprächs.

2. Als Stunden des schwachen Verkehrs ist nicht wie bis jetzt die Zeit von 21 bis 8 Uhr festgelegt worden, sondern von 19 bis 8 Uhr. Gespräche in dieser Zeit kosten nur 60 Prozent der Normalgebühr.

3. In Fällen, wo ein neuer Abonnent die Leitung seines Vorgängers ohne Änderungen übernimmt, zahlt er nur 5 Zloty Manipulationsgebühr.

4. Für ein bestelltes Gildegespräch, für das innerhalb einer halben Stunde keine Verbindung hergestellt wird, und bei einem gewöhnlichen Gespräch, für das im Laufe einer Stunde keine Verbindung hergestellt wird, wird keine Gebühr berechnet.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einsätzen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Mundschau“ beziehen zu wollen.

wurde dann erst ein längeres Schwätzchen gemacht. Wenn alle Tagesneuigkeiten geblieben waren, entzündete sich Niki und Auguste heimwärts zu ziehen. Tagtäglich hatte die arme Hansfrau ihren Ärger um die verlorene Zeit.

Bei Feuersbrünsten war es allemal schwierig, die nötigen Mengen Wasser an die Brandstellen heranzuschaffen. Den Löschdienst versah noch unsere alte brave Freiwillige Feuerwehr unter ihrem bewährten Oberhaupt Stadtrat Borkowski. Motorspritzen und mechanische Leitern kannte man noch nicht. Die Wehr mußte sich im Schweife ihres Angesichts an den Handhebeln der Spritzen abquälen. Den Feuermeldedienst übten nachts die Nachtwächter aus. Mit ihren Signalhörnern schritten sie ihre Reviere ab und bliesen in die Stille der Nacht ihr vorgetriebenes „Uhu, Uhu“. Wurde es in kurzen Abständen einmal geblasen, so bedeutete dies, daß es auf der Altstadt brannte. Wurde es zweimal geblasen, brannte es auf der Neustadt und bei dreimal auf den Vorstädten. Dazu wurde noch vom Türmer die große Rathausglocke angeläutet und nachts eine Laterne in der Richtung des Brandes herausgestellt. An den geöffneten Fenstern erschienen die Köpfe der nur notdürftig bekleideten Bürger. Man rief den vorbeieilenden Nachtwächter an, wo es brenne, aber meist wußte er es selbst nicht genau. Der brave Feuerwehrmann stieg in aller Eile aus dem warmen Bett in die Montur und eilte zum Spritzenhaus. kostbare Zeit ging inzwischen verloren, bis die Spritzen und Wasserkübel polternd über das holzige Pflaster ihren Weg nehmen konnten. Nun galt es für die Wasserflaschenbedienung, fortgesetzt zwischen der Brandstelle und den Brunnen und Pumpen hin und her zu pendeln, damit bei den Spritzen kein Stoffmangel eintrat. So einfach wie heute hatte die Wehr es nicht.

Auch das Städtische Gymnasium besaß eine Feuerwache. Den Schülern der beiden oberen Klassen war es erlaubt, bei Feuersbrünsten mit ihr auszurücken. Sie nahmen ihre Sachen mächtig ernst und hatten den Christen, immer als erste mit ihrer kleinen Spritze am Brandplatz sein zu wollen. Diese Rekordleistung wurde von den jungen behenden Leuten auch oft genug geschafft. Wenn das dann am nächsten Tag in der Zeitung stand, so erfüllte es sie mit mächtigem Stolz. Untrüglich aber waren sie, als ihnen eines Tages das Privileg entzogen wurde. Den Grund dazu gab ein Vorkommiss ab, bei welchem sie, um nur schnell vorzukommen, das Schloß ihres Spritzendepots aufgebrochen hatten, ohne so lange zu warten, bis der verschlossene Schlußener Schlüssel und das Erschluß des Direktors gebracht hätte.

# Das deutsch-polnische Abkommen

## über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr.

I.

Wie wir bereits meldeten, ist am 1. Januar 1924 das am 22. Dezember 1923 in Warsaw zwischen Vertretern des Deutschen Reichs und der Republik Polen unterzeichnete Abkommen über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr in Kraft getreten. Gleichzeitig tritt das deutsch-polnische Abkommen über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr vom 30. Dezember 1924 außer Kraft. Da das neue Abkommen, das in Nr. 101 des "Dziennik Ustaw" vom 29. Dezember 1923 veröffentlicht wurde, verschiedene wesentliche Änderungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr aufweist, geben wir es nachstehend im Wortlaut wieder.

### I. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

(1) Personen, die im Grenzbezirk eines der vertragschließenden Teile ihren Wohnsitz haben oder sich dort seit wenigstens drei Monaten aufzuhalten, genießen im kleinen Grenzverkehr Erleichterungen nach Maßgabe dieses Abkommens, wenn sie mit Grenzausweisen versehen sind.

(2) Öffentliche Beamte und Angestellte nehmen an den Erleichterungen von Tage ihres Dienstantritts im Grenzbezirk ab. Die Frist von drei Monaten gilt auch nicht für Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte solcher Grundstücke, die in einem Grenzbezirk liegen, aber von einer im Nachbargrenzbezirk gelegenen wirtschaftlichen Betriebsstätte aus bewirtschaftet werden, sowie nicht für Personen, die in einem derartigen Betrieb beschäftigt sind.

Artikel 2.

Grenzbezirk im Sinne dieses Abkommens ist im Gebiete jedes der vertragschließenden Teile ein Geländestreifen von 10 Kilometern Breite längs der gemeinsamen Grenze. Falls diese Abgrenzung das Gebiet einer Gemeinde oder einer Ortschaft durchschneidet, wird die ganze Gemeinde oder Ortschaft in den Grenzbezirk einbezogen.

### II. Persönliche Erleichterungen.

Artikel 3.

(1) Die Grenzausweise werden nach einem bestimmten Muster ausgestellt; die deutschen Bordende sind grün, die polnischen gelb.

(2) Die Grenzausweise müssen mit einem amtlich abzusehenden Siegel und mit Unterschrift oder Handzeichen des Inhabers versehen sein. Ein solches Siegels bedarf es nicht, wenn der Ausweisinhaber einen sonstigen amtlichen oder amtlich beglaubigten Siegelsatz ausweist.

Artikel 4.

(1) Die Grenzausweise werden auf deutscher Seite von den Polizeibehörden, auf polnischer Seite von den Kreisbehörden der allgemeinen Verwaltung ausgestellt.

(2) Ortslich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk der Ausweisbewerber seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Artikel 5.

Die Grenzausweise sind nur Personen über 15 Jahre auszustellen. Im Falle eines Bedürfnisses kann ein Grenzausweis auch einer Person unter 15 Jahren ausgestellt werden. Am übrigen dürfen Kinder unter 15 Jahren die Grenze nur in Begleitung eines Erwachsenen und nur dann überqueren, wenn dessen Ausweis die Bescheinigung zur Mitnahme des Kindes enthält.

Artikel 6.

(1) Die Grenzausweise werden in der Regel mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr ausgestellt.

(2) Die Grenzausweise können auch mit einer Gültigkeitsdauer von höchstens zwei Wochen für eine Einzelreise ausgestellt werden, wenn der Bewerber dies beantragt oder wenn besondere Umstände es angezeigt erscheinen lassen.

Artikel 7.

(1) Für die Ausstellung eines Grenzausweises wird eine Höchstgebühr auf deutscher Seite von 1 Reichsmark, auf polnischer Seite von 2 Złoty erhoben. Diese Gebühren ermäßigen sich bei Ausstellung eines Grenzausweises für eine Einzelreise auf die Hälfte.

(2) Andere als die im Absatz 1 bezeichneten Gebühren dürfen für die Ausstellung von Grenzausweisen mit Einschluss des Antrages nicht erhoben werden.

(3) Die Höhe der im Absatz 1 vorgesehenen Gebühren kann nötigenfalls im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Regierungen geändert werden.

Artikel 8.

(1) Die Grenzausweise berechtigen zum Grenzübergang an den in ihnen bezeichneten Grenzübergangsstellen.

(2) Der Grenzübergang an anderen als den allgemein amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen kann für die Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft, für die Ausübung der Jagd und Fischerrei, für den Weidebetrieb, Brinschnitt und Dorfisch sowie in sonstigen berücksichtigenswerten Fällen gestattet werden. Die hierzu erforderlichen Grenzübergänge sind durch die beiderseitigen zuständigen Verwaltungs- und Polizeibehörden gemeinsam nach Anhörung der Beteiligten unter Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse zu bestimmen.

Artikel 9.

(1) Der Grenzübergang auf Grund von Grenzausweisen ist regelmäßig nur während der Tage gesetzten, und zwar vom 1. April bis 30. September von 6 Uhr bis 20 Uhr und vom 1. Oktober bis 31. März von 7 Uhr bis 18 Uhr gestattet. Absperrvorrichtungen müssen rechtzeitig geöffnet und dürfen nicht vorzeitig geschlossen werden.

(2) Der Grenzübergang zu anderen als den nach Absatz 1 zugelassenen Grenzübergangsstellen kann für die Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft, für die Ausübung der Jagd und Fischerrei sowie in sonstigen berücksichtigenswerten Fällen gestattet werden. Die Grenzübergangsstellen sind in diesen Fällen durch die beiderseitigen zuständigen Verwaltungs- und Polizeibehörden gemeinsam nach Anhörung der Beteiligten unter Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse zu bestimmen.

(3) Geistliche und ihre Gehilfen, Ärzte, Tierärzte und Hebammen dürfen in Ausübung ihres Berufs die Grenze auch außerhalb der nach Absatz 1 zugelassenen Grenzübergangsstellen überschreiten. Das gleiche gilt für Schleusenwärter.

(4) Die Zetteln für den Grenzübergang mit der Eisenbahn, der Kleinbahn, der Straßenbahn und mit anderen öffentlichen regelmäßigen Verkehrseinrichtungen richten sich nach den amtlich genehmigten Fahrplänen.

Artikel 10.

(1) Der Gültigkeitsbereich der Grenzausweise ist von der Behörde, die den Ausweis ausstellt, nach den Bedürfnissen des Einzelfalles festzustellen.

(2) Als Gültigkeitsbereich sind die im Grenzbezirk des Nachbarstaates gelegenen Kreise zu bezeichnen, die an den Kreis anstoßen, in dem der Ausweis ausgestellt wird. Der Gültigkeitsbereich kann auch über die unmittelbar angrenzenden Kreise hinaus innerhalb des Grenzbezirks auf die Nachbarkreise erstreckt werden.

(3) Der Gültigkeitsbereich kann auf eine oder mehrere Ortschaften beschränkt werden, wenn der Ausweisbewerber dies beantragt, wenn der Ausweis für eine Einzelreise ausgestellt wird oder wenn besondere Umstände es geboten erscheinen lassen.

Artikel 11.

Die Grenzausweise berechtigen den Inhaber, sich im Nachbargrenzbezirk (Artikel 10) jeweils höchstens 6 Tage lang aufzuhalten.

Artikel 12.

(1) Die zuständigen Behörden des einen vertragschließenden Teiles dürfen an Personen, die aus dem Gebiete des andern Teiles ausgewiesen sind, Grenzausweise nicht ausstellen.

(2) Die zuständigen Behörden des einen vertragschließenden Teiles dürfen an Personen, deren Aufenthalt auf dem Gebiete des anderen Teiles von denen zuständiger Behörde aus Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit als unerwünscht bezeichnet wird, Grenzausweise nur mit Einwilligung dieser Behörde ausstellen.

Artikel 13.

Der Grenzausweis ist durch die Behörde, die ihn ausgestellt hat, zu entziehen,

- a) wenn sich ergibt, daß die Voraussetzungen des Artikels 1 nicht oder nicht mehr vorliegen;
- b) wenn der Inhaber sich eines schweren oder wiederholten Missbrauchs des Grenzausweises schuldig gemacht hat.

Artikel 14.

Die Behörde des einen vertragschließenden Teiles, die den Missbrauch eines im Gebiete des anderen Teiles ausgestellten Grenzausweises feststellt und die sofortige Verhinderung weiteren Missbrauchs für erforderlich hält, kann den Grenzausweis durch Anbringung des Vermerks "Verläufig unzulässig den 19." ungültig machen. Sie wird die Behörde, die den Ausweis ausgestellt hat, davon unverzüglich benachrichtigen.

Artikel 15.

Hält die zuständige Behörde des einen vertragschließenden Teiles einen von der zuständigen Behörde des anderen Teiles gestellten Antrag auf Entziehung oder die von einer solchen Behörde vorgenommene Ungültigmachung eines Grenzausweises für unverhindert, so kann ihre unmittelbar vorgesetzte Behörde von der entsprechenden Behörde der Gegenseite eine Nachprüfung des Falles verlangen.

Artikel 16.

(1) Wenn ein Grenzausweis auf Antrag der zuständigen Behörde des einen vertragschließenden Teiles entzogen oder von einer solchen Behörde vorläufig ungültig gemacht worden ist, so kann ein neuer Ausweis nur mit Einwilligung dieser Behörde ausgestellt werden. Dies gilt auch, wenn der neue Ausweis mit zeitlicher oder räumlicher Beschränkung ausgestellt werden soll.

(2) Der Einwilligung bedarf es nicht, wenn der frühere Ausweis entzogen worden ist, weil die Voraussetzungen des Artikels 1 nicht oder nicht mehr vorlagen.

### III. Sachliche Erleichterungen.

Artikel 17.

(1) Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, die in dem einen Grenzbezirk liegen, aber von einer im anderen Grenzbezirk gelegenen wirtschaftlichen Betriebsstätte aus bewirtschaftet werden, dürfen die folgenden Gegenstände, Erzeugnisse und Tiere unter den nachstehend angegebenen Bedingungen im Rahmen der durch die übliche Bewirtschaftung bedingten Notwendigkeit zollfrei über die Grenze bringen:

- a) alles, was zur ordnungsmäßigen Bewirtschaftung dieser Grundstücke dient, wie Düngemittel jeder Art, Saatgut, Samen, Pflanzlinge, Pflanzen für Schönungen, Bäume, Weiden, Natursteine, Ziegel, Sand, Lehme, Tonerde und Torf, ferner die in der Land- und Forstwirtschaft üblichen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Arbeitsstiere, einschließlich der Ausrüstungsgegenstände, sowie die erforderlichen Buttermittel für die Arbeitsstiere und den erforderlichen Betriebsstoff für die Maschinen und Fahrzeuge;
- b) die land- und forstwirtschaftlichen Bodenerträge und tierischen Erzeugnisse dieser Grundstücke, auf das diesen Grundstücken erlegte Wild sowie die daselbst gefangenen Fische und Krebse, Fische und Krebse jedoch nur frisch gefangen und in unverpacktem Zustande;
- c) das zum Wirtschaftsbetrieb gehörige Vieh, das zur Weide über die Grenze gebracht wird, einschließlich der Einhufer und des Geflügels, ferner unter der gleichen Einverständigung Bienenstöcke.

(2) Die Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Arbeitsstiere und Ausrüstungsgegenstände müssen nach beendeter Gebrauchszeit, das Weidevieh nach beendeter Weidegang über die Grenze zurückgebracht werden. Ebenso sind die von dem Weidevieh gemolkene Milch sowie das etwa jenseits der Grenze geborene Jungvieh und noch geschlachtete Tiere über die Grenze zurückzubringen; die Polizeibehörden sind berechtigt, im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen einzulassen.

(3) Personen, die von den vorstehenden Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, haben den zuständigen Polizeibehörden eine Bescheinigung vorzulegen, die von der für das Grundstück zuständigen Behörde ausgestellt ist und Lage, Größe und Bestellungsart des Grundstücks sowie den etwaigen Viehbestand ergibt. Der Viehbestand braucht nur infowelt angegeben zu werden, als die Vergünstigung nach Absatz 1c in Anspruch genommen wird. Die Bescheinigungen sind kostenlos auszustellen. Am Falle von Veränderungen ist die Bescheinigung binnen zwei Wochen zu berichtigen.

(4) Die Vergünstigungen dürfen nur in den Jahreszeiten und zu den Tageszeiten in Anspruch genommen werden, in denen nach den üblichen Gewohnheiten land- und forstwirtschaftliche Arbeiten ausgeführt werden.

(5) Die Hinterlegung einer Zollfreiheit wird in den vorstehend angeführten Fällen nicht verlangt, es sei denn, daß begründeter Verdacht gegen die Zuverlässigkeit des Berechtigten besteht.

Artikel 18.

(1) Als Mundvorrat dürfen die Bewohner des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk zollfrei genügsame Nahrungsmittel für einen Tag im Höchsgewicht von 2 Kilogramm mit sich führen. Auf alkoholische Getränke und künstliche Süßstoffe, wie Saccharin usw., erstreckt sich die Vergünstigung nicht.

(2) Arbeiter und Handwerker, die in dem einen Grenzbezirk wohnen und in dem anderen Grenzbezirk ihren Beruf ausüben, dürfen, wenn sie mehrere Arbeitstage an ihren Arbeitsplätzen verbleiben sollen, den Mundvorrat in einem diesem Aufenthalt entsprechenden Ausmaße zollfrei mitnehmen.

(3) Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen zollfrei Zigarren, Zigaretten und Tabak in den anderen Grenzbezirk mitnehmen, wenn es sich nur um Mengen handelt, die den Bedarf eines Mannes für einen Tag nicht überschreiten. Die Höchstmenge beträgt:

bei Zigarren	10 Stück,
bei Zigaretten	25 Stück,
bei Tabak weniger als	50 Gramm,

bei Kautabak 3 Stück (Mollen).

Sie dürfen ferner zollfrei eine Schachtel Handhölzer mit sich führen.

Artikel 19.

(1) Gegenstände des eigenen Bedarfs der Bewohner des einen Grenzbezirks, die in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort ausgebeizt zu werden, bleiben vom Zoll befreit.

(2) Vom Zoll werden ferner die nachstehend aufgeführten Gegenstände befreit, die von den Bewohnern des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort eine Bereedung zu erfahren:

- a) Samen, Hülsenfrüchte, Blütenfrüchte, Hanf, Flachs und ähnliche landwirtschaftliche Roherzeugnisse, die gerebelt, gemahlen, geschrotet, zerquetscht, entkörnt, geschlagen oder einer sonstigen Bearbeitung unterzogen werden sollen;
- b) Holz, das zerkleinert, gepulvert oder zu Brettern oder Balken verarbeitet werden soll;
- c) Eichen- und sonstige Rinde, die zerschnitten, gemahlen oder einer ähnlichen Bearbeitung unterzogen werden soll.

Die bei der Bereedung gewonnenen Nebenerzeugnisse müssen, soweit sie einen Zollwert besitzen, mit den bearbeiteten Gegenständen zusammen zurückgebracht oder bei Belastung im anderen Grenzbezirk verzollt werden. Die Vergünstigung hat zur Voraussetzung, daß die Grenzbewohner auf die im anderen Grenzbezirk gelegenen Mühlen oder sonstigen Betriebsstätten angewiesen sind und daß die erwähnten Gegenstände für den eigenen Wirtschaftsbedarf der Grenzbewohner gebraucht werden.

Artikel 20.

(1) Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen ausläufig der Ausübung ihres Berufs im anderen Grenzbezirk das erforderliche Betriebs- und Betriebsgerät zollfrei unter der Bedingung der Wiederausfuhr mit sich führen.

(2) Handwerker dürfen zur Vornahme von Ausbesserungen aus dem Nachbargrenzbezirk stammende Gegenstände oder Teile von solchen unter der Bedingung der Wiederausfuhr zollfrei mit sich führen. Desgleichen ist ihnen die zollfreie Minnahme von Material für Ausbesserungen im Rahmen eines kleinen Hand-

werkbetriebes in Mengen gestattet, die sie ohne Anspruchnahme von Beförderungsmitteln mit sich zu tragen vermögen. Der Übertritt und Rückübertritt über die Grenze ist ihnen mit gleichem Material täglich nur einmal erlaubt. Das Material darf nicht zur Herstellung von neuen Gegenständen benutzt werden; soweit es nicht verbraucht ist, muß es wieder ausgeführt werden.

Artikel 21.

Arbeiter und Angestellte dürfen die ihnen vom Arbeitgeber üblicherweise als Deputat gewährten Bodenerzeugnisse zollfrei über die Grenze in ihre Behausung verbringen.

Artikel 22.

(1) Geistliche und ihre Gehilfen, Ärzte, Tierärzte und Hebammen, die in dem einen Grenzbezirk wohnen, dürfen bei Ausübung ihres Berufs im anderen Grenzbezirk die zur Ausübung des Berufs notwendigen Geräte und Instrumente zollfrei, unter der Bedingung ihrer Rückbringung mit sich führen.

(2) Für Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel, die von den im Absatz 1 bezeichneten Ärzten, Tierärzten und Hebammen bei der Hilfseistung im anderen Grenzbezirk zum unmittelbaren Verbrauch mitgeführt werden, wird Zollfreiheit gewährt. Im Einfuhrzoll nicht zugelassene Heilmittel oder Desinfektionsmittel dürfen die bezeichneten Personen nicht mitbringen. Nicht verbrauchte Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel müssen wieder ausgeführt werden.

(3) Die Hinterlegung einer Zollfreiheit wird in der Regel nicht verlangt.

Artikel 23.

Für Verbandstoffe und Arzneien, die Bewohner des einen Grenzbezirks gegen Rezepte von Ärzten oder Tierärzten aus solchen Apotheken des anderen Grenzbezirks holen, auf die sie nach den örtlichen Verhältnissen angewiesen sind, wird Zollfreiheit gewährt, jedoch nur für Mengen, die den Bedürfnissen des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen. Die Zollfreiheit wird bei wiederholter Benutzung desselben Rezepts nur dann gewährt, wenn der Arzt das Rezept ausdrücklich erneuert hat. Im Einfuhrzoll nicht zugelassene Arzneien dürfen nicht eingebrochen werden.

Artikel 24.

(1) Soweit Fahrzeuge aller Art (gewöhnliche Wagen, Fahrräder, Kraftfahrzeuge usw.) und Einhufer (Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere) nur zu dem Zweck die Grenze überschreiten, um Personen oder Waren von dem einen Grenzbezirk in den anderen Grenzbezirk zu verbr



Bromberg, Freitag, den 5. Januar 1934.

## „Wie Joseph Piłsudski nach Sibirien kam“.

Der polnische Hauptmann Lepecki, der längere Zeit in Sibirien geweilt hat, um die Städte aufzusuchen, in denen der Marschall Józef Piłsudski seinerzeit während seiner Verbannung gelebt hat, veröffentlicht jetzt seine dort gewonnenen Eindrücke. In dem ersten im Warschauer „Kurier Poranny“ (Nr. 361 vom 1. Januar 1934) erschienenen Artikel gibt der Verfasser eine interessante Darstellung über einen Attentatsversuch auf den Baron Alexander III.

Wir lesen in dem Artikel u. a. was folgt:

Józef Piłsudski erhielt das Reifezeugnis am Gymnasium in Wilna im Jahre 1885, als er 17 Jahre alt war. Aus dem Zeugnis geht hervor, daß seine besten Fächer Geschichte, Geographie und Mathematik waren. Fast unmittelbar nach Absolvierung des Gymnasiums bewarb sich Józef Piłsudski beim Rektor der Universität Charkow um seine

### Aufnahme in die Medizinische Fakultät

Die Einsicht trug das Datum des 28. Juni 1885, die positive Entscheidung über seine Aufnahme fiel am 10. August desselben Jahres, wovon der kommende Student unverzüglich benachrichtigt wurde.

Der Vater Józef Piłsudskis (die Mutter Maria geb. Bilewica war im Alter von 42 Jahren im Jahre 1884 gestorben) wohnte damals in Wilna, Baksza-Straße im Hause Gaussteins; dort verbrachte der Abiturient seine letzten Gymnasialferien

zusammen mit seinen neun Geschwistern.

Im Herbst begab er sich nach Charkow, wo er sich in den ersten Monaten fleißig dem Studium hingab. In der damaligen Atmosphäre der obersten russischen Behranstalten, die mit revolutionären Stimmungen durchdröhnt waren, entwickelte sich gerade die „Narodnaja Wola“ („Volkswill“), eine Partei, welche die Vorgängerin der späteren sozialistischen Organisationen war. Diese Partei aber förderte durchaus nicht eine ruhige Vertiefung in das Studium, zumal bei dem lebhaften Temperament Józef Piłsudskis, der sich an Taten hinerissen fühlte. Es war daher kein Wunder, daß er schon Anfang des Jahres 1886 in verschiedenen Sirkeln aktiv tätig war.

Die Jugend geht leicht von Worten zu Taten über. Es begann denn auch auf der Charkower Universität eine Cöhrung, die sich am 18. und 19. Februar 1886 in offenen Unruhen entlud.

### Józef Piłsudski war überall der Erste.

Die Polizei erstickte die Unruhen bald, die Universitätsbehörden standen ihr dabei helfend zur Seite. Die Studenten wurden massenweise mit Haft und Relegierungen bestraft.

### Józef Piłsudski erhält vom Universitäts-Senat sechs Tage Karzer und eine Verwarnung.

Die Gemüter beruhigen sich allmählich; es folgen wieder Monate des Studiums. Doch in dem Verhalten Józef Piłsudskis scheint nicht alles den Wünschen der Behörden entsprochen zu haben, da man ihm den Rat gibt, im kommenden Jahr eine andere Behranstalt aufzusuchen. Er beantragt also, ihm die zwei Semester des medizinischen Studiums anzurechnen, womit sich der Rektor einverstanden erklärt,

und beabsichtigt, in Dorpat weiter zu studieren.

Aber auch hier wekt er Verbacht, da die Behörden dieser damals in Polen bekannten Universität sich mit der Bitte um eine Auskunft über ihn sowohl nach Charkow, als auch an das Polizeidepartement Wilna wenden.

### Die Auskunft fiel nicht günstig aus,

und Józef Piłsudski blieb zum Herbst 1886 in Wilna. Daß dem Sohn das höhere Studium unmöglich gemacht wurde, war für den Vater und die ganze Familie ein schwerer Schlag. Die Träume, auf dem Gebiet des früheren Litauen den so notwendigen polnischen Herd, wie es ein ärztliches Kabinett gewesen wäre, zu gründen, hatten die russischen Verwaltungsbehörden zunichte gemacht. In einer Zeit der organischen Arbeit, da die Lösungen einer realen Ideologie ungefähr in der polnischen Volksgemeinschaft herrschten, war dies ein doppelt empfindliches Schlag. Der ehemalige Kommissar der Nationalregierung für Zmudz (der Vater des Marshalls, der ebenfalls Józef hieß, wurde im Jahre 1863 durch die nationale Aufstandsgouvernierung in Warschau zum Kommissar für Zmudz ernannt) nahm dies jedoch mit Ruhe auf.

Sein Trost war die Überzeugung, daß sein Sohn den Spuren der Väter folge, und daß er unter den Feinden litt, unter denen viele Generationen des alten Geschlechts gelitten hatten.

Der relegierte Student begann, nachdem er zu Hause Verständnis gefunden hatte, sich um so enger den Jugendkreisen anzuschließen, die von einer neuen Weltentwicklung träumten, bei der es für eine gegenseitige Bedrückung der Völker keinen Platz gäbe. In diesen Kreisen befanden sich auch jene aufgeklärten Russen, die das Polen durch die Entziehung seiner unabhängigen Existenz zugefügte Unrecht verstanden. In den achtzig Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte man auf den östlich-russischen Gebieten noch nichts vom Liberalismus, der Freiheit der Überzeugungen oder auch nur von einer religiösen Toleranz gehört.

Die Autore wurde wie früher geschwungen und die Rütteln (leichte russische Wagen) brachten die Verbannten nach den dunklen Ländern des Fernen Ostens.

Die Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation, die gar nicht einmal umstürzlerische Lösungen in der Bedeutung, wie wir sie heute verstehen, zu predigen brauchte, war mit Gefängnis, Verhöhung oder Zwangsarbeit bedroht. Leute starken Typs ließen sich aber durch Strafen und Repressalien nicht abschrecken. Piłsudski unterhielt daher unter Geringsschätzung der Gefahr einen Kontakt mit der konspiratorischen Arbeit. Er war damals noch zu jung, um irgend eine bedeutendere Rolle spielen zu

können. Nichtsdestoweniger aber bereitete er sich schon für das künftige stürmische Leben vor. Ihm half darin sein Temperament, sein Mut und seine Geringsschätzung der Gefahr.

### Seine geliebte Schwester Zula (Fran Sofia Radunowska),

die wie selten jemand ihren Bruder kannte und kennt, erzählte mir einmal, mit welcher Bewunderung sie Józef schon als illegaler Führer bei seinen Besuchen in Wilna erfüllte. „Er macht sich“, so erzählte sie, „aus nichts etwas.“

Wir zitterten alle um ihn, aber er sah ruhig da,

legte ein Bein auf das andere und rauchte die Zigarette, als ob er vollständig sicher wäre, und als ob nicht jeden Augenblick ein Gendarm in die Wohnung kommen und ihn in das Gefängnis schleppen könnte. Selbst Józef Piłsudski sagte, als er einmal seine Kinderjahre erwähnte: Als ich neun oder zehn Jahre alt war, habe ich es mir in den Kopf gesetzt, einen Aufstand zu machen und die Russen hinauszutreiben, sobald ich nur 15 Jahre alt geworden sei, somit nach meiner damaligen Meinung den Gipfel der Reife erreicht hätte.“

Kein Wunder, daß ein Jungling, der schon in jungen Jahren so denkt und in späteren so viel unverbrauchte Energie, Unbeschämtheit und Mut zeigt, nicht tatenlos dascheinen konnte. Sowar war das Wilna jener Jahre verschieden von dem Wilna aus der Zeit der Philareten; nicht minder aber schlug auch damals in ihm kräftig das polnische Herz. Die hundertfach stärkere Bedrückung als in Warschau rief eine hundertfach stärkere Erbitterung hervor. Der traditionelle litauische Dickskopf fand damals ein schönes und nützliches Feld zur Betätigung. In den Aufenthalt Piłsudskis in Wilna, in die Zeit nach Charkow, fiel die Zeit der

### Organisierung einer großen Verschwörung, deren Ziel die Ermordung des Barons war.

Ende des Jahres 1886 entstand unter den Studenten der Petersburger höheren Schulen innerhalb der „Narodnaja Wola“ eine terroristische Organisation. Ihr Initiator war Piotr Jakubowicz Szewyren, ein Student, der mit großen organisatorischen Fähigkeiten ausgestattet, jedoch tieferer ideologischer Grundlagen bar war. Da er diesen Mangel einsah, näherte er sich einem anderen Studenten, Alexander Iljitsch Ulianow, einem Menschen, der nicht allein besonders befähigt und beherrscht war, sondern auch über eine entschlossene durchdachte Weltanschauung verfügte. Ulianow hatte zweifellos dieselben Vorzüge, die einige Jahrzehnte später seinen jüngeren Bruder Wladimir Iljitsch Ulianow-Benin auf den Diktatoren-Sessel im Kreml brachten. Eine Ergänzung dieser beiden Menschen war Wasyl Stepanowitsch Osipanow, ebenfalls ein Student, der mit hartem Charakter und schöpferischem Starrsinn ausgestattet war. Diese drei Leute, von denen der Älteste kaum das 20. Lebensjahr überschritten hatte, bildeten den Kern der terroristischen Gruppe. Nachdem sie ihre Reihen um etliche Personen erweitert hatten, beschlossen sie, ans Werk zu gehen. Die erste Tat, die das russische Volksgewissen harrütteln und die regierende Klasse in Angst versetzen sollte, sollte ein Attentat auf das Leben des Barons sein. Damals herrschte Alexander III., ein Monarch, der überhaupt keine liberalen Ansichten hatte, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Alexander II. Heute nach mehreren Jahrzehnten wissen wir, daß dies der letzte Zar Russlands war, der seinem Nachfolger eine Erbschaft hinterließ. Ihm umgab eine unantastbare volle Glorie des Selbstherrschers, die durch Revolutionsdrohungen noch nicht erschüttert war, wie zu Zeiten Nikols II. Seine Bestigung mußte die Augen aller auf die Probleme und Lösungen lenken, in deren Namen die Gruppe der idealen Draufgänger sich an dieses „Heiligtum“ wagte.

Wie ungeheuer der Effekt des Baronenmordes sein mußte, so groß waren aber auch die Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu seiner Verwirklichung standen. Sie zu überwinden, konnten lediglich Leute wagen, die der Sache ungewöhnlich ergeben und völlig entschlossen waren.

### für ihre Ideale ihr Leben zu opfern.

Die terroristische Gruppe der „Narodnaja Wola“ besaß diese Merkmale, sie hatte also auch die Chancen, den scheinbar unausführbaren Plan durchzuführen. Wenn man die Ungleichheit der Kräfte bedenkt, über welche die beiden sich messenden Parteien verfügten, dann scheint die Idee der Terroristen ein Wahnsinn zu sein. Denn auf der einen Seite stand das Haupt des riesigen Imperiums, das sich vom Herzen Europas bis hin zu den fernsten Gefilden Asiens erstreckte, auf der anderen Seite gab es nur einige bartlose Jünglinge. Auf einer Seite der ungeheure Polizei-Apparat, der mit seinem Spitzelsystem zur Vollkommenheit gebracht worden war, auf der anderen Seite einige wehrlose Hände. Diese Gegenüberstellung scheint so unwahrscheinlich, daß sie fast lächerlich klingt. Und doch, — hätte es nicht

### eine kleine Unvorsichtigkeit

eines der Verschwörer gegeben, so wäre der Körper des Imperators durch eine mühelos von gerade diesen Draufgängern hergestellte Bombe in Stücke gerissen worden.

Józef Piłsudski erfuhr von der Verschwörung durch seinen älteren Bruder Bronisław, der damals in Petersburg studierte, und ein Kommissione Ulianows war. Bronisław war an der Verschwörung nicht beteiligt; er wußte nur von ihr, da die Verschwörer in seiner Wohnung des öfteren Versammlungen abhielten. Während der Gerichtsverhandlung bestritt Bronisław Piłsudski entschieden, der Organisation der Baronenmörder angehört zu haben, wenngleich er nicht in Abrede stelle, daß er mit ihren Mitgliedern Beziehungen unterhielt. Diese seine entschiedene Erklärung mußte gewissermaßen Glauben gefunden haben, da er nur zu 15 Jahren Zwangsarbeit und zu lebenslänglicher Anstellung in Sibirien und nicht, wie fünf andere,

zum Tode verurteilt wurde. Die Beteiligung Józefs war noch geringer. Beide Brüder standen auf dem Standpunkt, daß die Ermordung des Barons und sogar ein Regierungswechsel in Russland nicht einen vollkommen positiven Einfluß auf die polnische Frage hätte ausüben können.

Diesen jungen Leuten war es schon damals klar, daß Russland in jeder Staatsform die Hände nach unserem Lande ausstrecken werde, und deshalb lehnten sie eine Zusammenarbeit an dem Attentat ab.

Außerdem hielten sie die Regierungsform in Russland für eine innere Angelegenheit dieses Landes und erklärten ausdrücklich, daß die Polen zu ihrer Umgestaltung nicht beitragen sollten.

Der Attentatsplan, der von Ulianow Szweryn und Osipanow ausgearbeitet war, berührte darauf, zu ermitteln, welche Straßen der Zar bei seinen Ausfahrten passierte und so lange auf dem Posten zu sein, bis der zum Schleudern der Bombe geeignete Augenblick gekommen sei.

Die Rolle der Baronenmörder nahmen auf sich Osipanow, Andrejuski und Generalow.

Alle drei trafen am 22. Februar 1887 im polnischen Café an der Michajłowska-Straße zusammen, wo sie den Aktionsplan besprachen und beschlossen, daß Attentat unverzüglich auszuführen. Drei Tage später fand in der Wohnung von Szweryn und Gorkun die letzte Versammlung statt, an der außer den Bombenwerfern Gorkun, Włodzimierz und Ulianow teilnahmen. Man einigte sich dahin, daß sich die Bombenwerfer und die Beobachter (Szweryn, Gorkun und Włodzimierz) am nächsten Tage um 11 Uhr vormittags auf den Newski-Prospekt (die Hauptstraße von St. Petersburg), begeben und dort vom Admirals-Platz bis zum Gebäude der öffentlichen Bibliothek spazieren gehen sollten, um die Zukunft des Baronenmagnates abzuwarten. In dieser Versammlung zeigte Ulianow auf

### drei Bomben,

von denen zwei eine Zylindernform und die dritte eine Buchform hatte. Im Innern befanden sich wie in einem Schrapnell Knüdeln, die mit Strychnin vergiftet waren, um ihre Wirkung unzweifelhaft zu gestalten.

Um den Effekt des Baronenmordes vollkommen zu machen, war es nötig, das Volk davon in Kenntnis zu setzen, aus welchem Grunde der Mord ausgeführt wurde. Diesem Zweck sollte eine Proklamation dienen, mit deren Druck sich Ulianow am 28. Februar in der Wohnung Bronisław Piłsudskis beschäftigte. Die Bombenwerfer gingen zum ersten Mal am 28. Februar auf den Newski-Prospekt, das zweite Mal am 28. Februar, das dritte und letzte Mal am 1. März. Wie es häufig passiert, kam die Polizei nur zufällig auf die Spur der Verschwörung und zwar

durch die Unvorsichtigkeit Andrejuski,

der in einem Brief an einen Freund in Charkow seine geheime Tätigkeit erwähnte. Dieser Brief war in dem sogenannten Schwarzen Kabinett der Post gelesen und der Polizei übergeben worden. Eine Untersuchung begann. Den Behörden kam es dabei noch nicht einmal in den Sinn, daß sie es mit einer Verschwörung gegen das Leben des Barons zu tun hatten. Sie waren sicher, daß sie irgend einer Studenten-Organisation auf die Spur gekommen waren, die sich mit der Weiterbildung befaßte. Auch dann noch,

als Osipanow am 1. März auf dem Newski-Prospekt verhaftet und in die Ochrana (Wache der Geheimpolizei) geschafft wurde,

wußte man nicht, wen man gesucht hatte, trotzdem der „Bombenwerfer“ eine Bombe in Buchform mit sich führte. Der Polizist wurden die Augen erst geöffnet, als der heldenmütige Osipanow, um seine Genossen zu warnen, sich entschloß,

### eine Explosion der Bombe herbeizuführen.

Er zog zunächst die Schnur des Sängers, die jedoch rig und die Explosion nicht bewirkte. Verzweifelt hob Osipanow dann die Bombe in die Höhe und warf sie mit aller Kraft zu Boden. Doch die Bombe explodierte auch diesmal nicht, wahrscheinlich infolge mangelhafter Konstruktion, oder auch infolge des schlecht präparierten Explosiv-Materials.

### Erst diese Verzweiflungstat Osipanows stellte die ganze Polizei Petersburgs auf die Beine.

Außer Osipanow, der wie ein Grab schwieg, wurden die Beobachter Szweryn und Gorkun verhaftet. Auf Grund deren Aussagen wurden ferner festgenommen: Ulianow, Szweryn, Noworucki, Lukasiewicz, Bronisław Piłsudski, Paszkowski und eine gewisse Szmidowa.

Von Petersburg führten die Fäden der Verschwörung nach Wilna zum Apotheker Tytus Paszkowski, der das notwendige Explosiv-Material an Józef Piłsudski geliefert hatte. Dieser war der Mittelsmann bei der Anfertigung eines Kontaktes zwischen den Petersburger und den Wilnaer, sowie einer Reihe anderer Verschwörer gewesen. Die Verhaftungen erfolgten unmittelbar nach der Aufdeckung der Verschwörung.

Józef Piłsudski wurde am 10. März festgenommen, und zehn Tage später, d. h. am 20. März, quittierte schon der Chef des Gendarmerie-Amts über seinen Empfang in Petersburg. Die Gerichtsverhandlung wurde auf die ersten Tage des April in der Hauptstadt festgesetzt. Dorthin begab sich der Vater Piłsudski in der Erwartung, daß er für seine Söhne Gerechtigkeit finden werde. Doch es halfen weder Rechtsanwälte noch Verhinderungen ihrer Unschuld. Die Richter waren erbarmungslos. Nach kurzer Verhandlung wurde das Urteil gefällt: Osipanow, Generalow, Andrejuski, Szweryn und Ulianow wurden zum Tode, Lukasiewicz und Noworucki zu lebenslanger Zwangsarbeit, eine ge-

wisse Frau Ananina zu 20 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien. Bronislaw Piłsudski zu 15 Jahren Zwangsarbeit auf Sachalin, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur lebenslänglichen Ausiedlung in Sibirien, die weiteren Angeklagten zu Zwangsarbeit bzw. zu Gefängnis von zwei bis zu zehn Jahren verurteilt. Die zum Tode Verurteilten starben mit dem Ruf: „Es lebe die Narodnaja Wola!“ Keiner zeigte Schwäche.

Interessant ist das weitere Schicksal der Verschwörer, die nicht zum Tode verurteilt wurden. Die bolschewistischen Historiker sammelten über sie sorgfältig Mitteilungen und veröffentlichten diese in den Druckschriften der politischen Gefangenen.

Lukasiewicz wurde aus dem Schlüsselburger Gefängnis im Jahre 1905 befreit; er arbeitete zunächst in Petersburg und verzog von dort nach Wilna, wo er am 20. Oktober 1928 als Universitätsprofessor starb.

Noworucki, der ebenfalls im Jahre 1905 die Freiheit wiederverlangte, nahm in Petersburg Wohnung, und beschäftigte sich mit wissenschaftlichen Werken. Er starb dort im Jahre 1925.

Frau Ananina starb in der Zwangsarbeit im Jahre 1928.

Bronislaw Piłsudski ist nach Polen nicht wieder zurückgekehrt. Sein Schicksal war das Gegenseitig zu dem seines Bruders Józef.

Während diesem im Leben alles gelang, ging dem anderen alles quer. Unschuldig nach Sachalin wegen Teilnahme an der Verschwörung verschickt, an der er sich nicht beteiligt hatte, sollte er unschuldig noch aus einem anderen Grunde leiden.

#### Während seines Aufenthalts in Japan,

wohin man ihm zusammen mit Sieroszewski in Anerkennung ihrer großen Verdienste um das Studium einiger Volksstämme auf Sachalin eine Reise gestattet hatte, erhielt er die Nachricht, daß sein Freund, ein Arzt aus Wladyswostok, wegen Aufbewahrung illegaler Bücher verhaftet und ins Gefängnis gesteckt worden war. Ein fatales Zusammentreffen wollte es, daß er an diesen Arzt einen Brief gerichtet hatte, in dem er diesem versicherte, daß ein weiterer Transport von Büchern bald folgen werde. Es handelte sich um gewöhnliche wissenschaftliche Bücher; er hatte jedoch die Warnung erhalten, daß er verhaftet werden würde, sofern er nach Russland zurückkehren würde. Bronislaw Piłsudski hatte zu traurige Erfahrungen mit der zaristischen Gerechtigkeit gemacht, um noch einmal die Rolle eines Angeklagten zu riskieren. Er beschloß daher, nicht wieder nach Russland zurückzukehren. Dieser Entschluß war von seinem Vater dictiert, da es sich später herausstellte,

dass die Polizei ihn nicht verdächtigte und durchaus nicht die Absicht hatte, ihn zu verhaften.

Von Japan begab er sich ohne Genehmigung nach Galizien und verschloß sich damit den Weg zur Legalität, an deren Schwelle er bereits gestanden hat. Von dort wo er wohnte in Krakau, dann in Zakopane und unterhielt einen lebhaften Kontakt mit seinem Bruder Józef, leitete er Bemühungen zu einer Amnestie um die Genehmigung zur Rückkehr zu seiner Familie ein. Schließlich, nach mehreren Jahren erhielt er einen legalen russischen Pass und das Recht zur Rückkehr nach Wilna. Der unglückliche Emigrant, der aus dem Vaterlande vor

27 Jahren verbannt worden war, wurde toll vor Freude. Er schrieb einen begeisterten Brief an seine Schwester, Frau Sophia Radenacka, und versicherte, daß er in Galizien alle seine Geschäfte liquidiere und jeden Tag in Wilna eintreffen werde. Da brach gerade der große Weltkrieg aus, der alle seine Hoffnungen zunichte machte.

**Bronislaw Piłsudski starb in der Fremde, in der Schweiz, im Jahre 1917.**

Tytus Paczkowski verübte in Krakau im Jahre 1895 Selbstmord.

Kanczler legte, von Gewissensbissen getrieben, während der Zwangsarbeit selbst Hand an sich, indem er Gift zu sich nahm und sich dann noch erschoss.

Gorki und Wolochow starben in Sibirien.

Franz Simid verheiratete sich mit dem politischen Verbannten Klugge und siedelte sich nach Verbüßung der Strafe in Charkow an, wo sie noch heute lebt. Dies dürfte die einzige sein, die von den 15 wegen Verschwörung gegen das Leben des Zaren Alexander III. im Jahre 1887 Angeklagten noch am Leben ist.

**Was die Person des heutigen ersten Marschalls Polens angeht, so haben die russischen Untersuchungsbehörden seine Beteiligung an dem Attentatsversuch nicht aufgedeckt.**

Er wurde vor Gericht lediglich als Zeuge vernommen. Der Mangel an Beweisen vermochte jedoch die Polizei nicht davon zurückzuhalten, den jungen Mann zu verurteilen. Man machte die damals bestehende Gesetzgebung zunutze, die es gestattete, zur Verbannung nach Sibirien einen jeden Bürger und eigentlich „Untergebenen“ ohne Gerichtsurteil zu verurteilen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde Józef Piłsudski durch Dekret des Justizministers vom 8. April 1887

#### auf dem Verwaltungswege zu fünf Jahren Aufenthalt in Ost-Sibirien verurteilt.

Er nahm das Urteil ruhig auf; dies kann man aber nicht von seiner Familie sagen. Sein Vater geriet in Verzweiflung, die er bis zu seinem Lebensende nicht abstreifen konnte. Die Verbannung von zwei Söhnen nach dem verhaschten Sibirien kam ihrem vollkommenen Ausschluß aus dem Leben gleich. In der ganzen Familie herrschte daher großer Trauer.

#### Der Neujahrstag des Marschalls Piłsudski.

Aus Wilna wird dem „Ilustrowany Kurjer Godzieniowy“ gemeldet: Den Neujahrstag brachte Marschall Piłsudski in seiner engsten Familie, sowie mit seinen Brüdern Jan und Adam und mit einigen entfernteren Verwandten zu. Zugegen waren auch Senatsmarschall Mackiewicz, Wojewode Jaszczołd, der ehemalige Ministerpräsident Prystor und die nächste Umgebung des Marschalls. Der Marschall fühlte sich hervorragend; er führte eine lebhafte und frohe Unterhaltung mit seinen Gästen. Sein Schmerz am Fuß (der Marschall hatte noch im alten Jahr einen kleinen Unfall erlitten) hatte fast vollkommen nachgelassen. Am Neujahrstage erhielt Marschall Piłsudski allein aus Wilna von den Einwohnern der Stadt über 5000 Briefe. Außerdem gingen in Wilna aus verschiedenen Gegenden Polens an die Adresse des Marschalls mehrere tausend Schreiben mit Neujahrsgrußwünschen ein.

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Senders versehen sein; anonyme Anfragen werden unbedingt nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsauskunft beilegen. Auf dem Kuvert ist der Bemerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

S. W. Ein Gesetz über die Aufwertung des Dollar gibt es nicht. Eine Dollarhypothek, die 1928 fällig war, muß nach dem Kurs des Dollars von 1928, d. h. voll bezahlt werden.

Dollarnot. I. Sie brauchen sich Abzüge nicht gefallen zu lassen, denn das Darlehnsgeschäft ist in Polen abgeschlossen worden, und der Zusatz bezüglich des damaligen Dollarwertes ist nach unserer Auffassung nur für den Fall gemacht, daß der Polnische Fall fallen würde. Da er nicht gefallen ist, hat die Bemerkung über den Dollarwert keine Bedeutung. II. Das Gleiche gilt von der Einlage in der betreffenden Kasse. Wenn es hier auf der ersten Seite des Sparbüches heißt: „Unter Dolargarantie“, so ist hier noch klarer zum Ausdruck gekommen, daß diese Bemerkung nur Sinn hatte für den Fall des Kursrückgangs des Dollars. Der Polnische Fall hat seinen Stand behauptet, folglich ist eine Garantie, welcher Art sie auch sei, sinnlos.

H. M. 42. Die Hypothek fällt unter das Gesetz vom 29. 3. 33 über die Binsenförderung, der Schuldner ist also nur verpflichtet, Ihnen 6 Prozent Binsen zu zahlen.

M. M. 28. 12. 33. „Denunzieren“ heißt „ anzeigen“, nichts anderes. Wenn Sie von Ihrem Gegner gesagt haben, daß er Sie denunziert hat, so haben Sie den Sachverhalt richtig angegeben, d. h. die Wahrheit gesagt, und die Wahrheit sagen kann nicht strafbar sein. Es ist ein kompletter Irrtum, anzunehmen, daß denunzierten gleichbedeutend ist mit fälschlich beschuldigen. Um die Frage der Bedeutung des Wortes „denunzieren“ allein müßte sich die ganze Verhandlung drehen, alles übrige war für die Beurteilung nebensächlich. Offensichtlich wird die nächste Instanz hier volle Klarheit bringen. Wenn Sie den Nachweis erbringen können, daß die Anzeige gegen Sie unbegründet war – und dieser Nachweis ist durch die Entscheidung des Starostwo schon halb geführt – dann können Sie den Spieler umsetzen und ihrerseits Ihren Gegner wegen falscher Anschuldigung verklagen.

W. 100. Die Form für ein gemeinschaftliches Testament ist nur insofern vorgeschrieben, als das Testament unter Angabe des Ortes und des Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben sein muß. Sonst können Sie in das Testament hineinschreiben, was Sie wollen. Zum Beispiel kann das Testament so lauten: Wir Chelsee X. Y. legen uns gegenseitig als Erben ein, und zwar so, daß nach dem Tode des zuerst Verstorbenen sein ganzer Nachlass an den Überlebenden fällt. Folgen die Unterschriften beider. Natürlich können Sie in dem Testamente auch bestimmen, an wen nach dem Tode des zuerst Verstorbenen der Nachlass fallen soll. Im Falle eines Nachlasses über den Nachlass des zuerst Verstorbenen volles Verfügungsberecht haben soll (so daß der Nachlass nur das erben soll, was der zuerst Verstorbene übrig gelassen hat) oder ob er zu Gunsten des Nachlasses in seiner Verfügung beschränkt wird. Bezuglich der eingangs bezeichneten Form des Testaments ist noch hinzuzufügen, daß dieses Testamente auch von einem der Gatten geschrieben und unterschrieben werden kann, und der andere Ehegatte die Erklärung beifügt und unterzeichnet, daß das Testamente auch sein Testamente sein soll.

Waldeslust Nr. 100. Sie müssen eine Bescheinigung des Arbeitsvermittlungsamtes erbitzen, auf Grund deren Sie von der polnischen Bahnstelle den gewünschten Pass erhalten werden.

Haage 2. Sie müssen nach dem Kurs vom 11. Februar 1928, zahlen.

Bromberg 1. Wir kennen die Firma nicht. Wir glauben nicht, daß Sie sich durch Bezeichnung auf die bisher gezahlten Raten von dem Betrag lösen können; zur sicheren Beurteilung der Frage müssen wir die Statuten der Firma kennen, die uns aber gänzlich unbekannt sind. In der Regel sind diese Statuten so, daß eine vorzeitige Bezahlung unmöglich ist.

**„Friede“.** 1. Die gesetzliche Miete beträgt 128 złoty monatlich. 2. Sie brauchen nur die Kriegsmiete (d. h. die in deutscher Mark festgesetzte und auf der Grundlage von 1 Mark = 1,28 złoty umgerechnete Miete) zu zahlen. Dadurch geben Sie dem Vermieter keinen Grund zur Entmietung. 3. Laden und Wohnung unterliegen selbstverständlich dem Mieterabzugsgesetz.

## Juristische Rundschau.

**Vom Militärdienst entlassene Angestellte sind wegen Arbeitslosigkeit unterstützungsberechtigt vom Tage der Militärdienstentlassung an.**

Für Angestellte, die zum Militärdienst einberufen worden sind und deshalb ihren Dienstposten verlassen mußten, ist von erheblicher Bedeutung eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts, der zufolge sie nach dem Austritt aus dem Militär sofortigen Anspruch haben auf Verhinderungsleistungen aus dem Titel der Arbeitslosigkeit, sofern sie beschäftigungslos sind und auf der Suche nach einem neuen Dienst sich befinden.

Diese Entscheidung ist von grundsätzlicher Bedeutung aus dem Grunde, weil sie eine Frage regelt, die bisher infolge der ablehnenden Haltung der Versicherungsbehörden strittig war. Ihre ablehnende Haltung stützen die Behörden auf die von ihnen maßgebenden Bestimmungen der Verordnung über die Versicherung der Angestellten gegen Arbeitslosigkeit vom 24. November 1927, wonach der Anspruch auf Leistungen infolge Arbeitslosigkeit bedingt ist durch die Voraussetzung, daß der Versicherer durch mindestens 6 Monate im Laufe des letzten Jahres, vom Tage des Verlustes des Dienstpostens rückwärts gerechnet, Verhinderungsbeiträge geleistet hat, und daß er im Laufe von 6 Monaten nach dem Verluste des Dienstpostens seinen Anspruch auf Leistungen aus dem Arbeitslosenfonds geltend gemacht hat.

Diese Voraussetzungen treffen bei dem zum Militärdienst Einberufenen und dann vom Militärdienst Entlassenen nicht zu, weil die vorstehend genannten Fristen durch den Lauf der Militärdienstzeit unterbrochen, resp. gehemmt werden. Hierauf führt nun die Behörde ihren ablehnenden Standpunkt.

Dieser Standpunkt ist, wie das Oberste Verwaltungsgericht entschieden hat, falsch und dem Sinne des Gesetzes widerspricht. Dieses Gericht stellte fest, daß durch den Lauf der Militärdienstzeit der Anspruch auf Leistungen auf Grund der an zweiter Stelle erwähnten Voraussetzung zwar nicht entsteht, weil der Sinn dieser Bestimmung darin liegt, daß der Betreffende innerhalb der in ihr festgesetzten Frist einen Dienstposten vergeblich gesucht haben müsse, was selbstverständlich nicht geschehen konnte, – aber doch infolge dessen, daß der Anspruch nicht entstehen konnte, er auch nicht erloschen sei. Somit sei vom Gesichtspunkt dieser Bestimmung der Anspruch des Bevölkerers bestehend.

Ebenso sei er bestehend vom Gesichtspunkt der anderen Bestimmung, die die Beitragsleistung durch 6 Monate im letzten Jahre, vom Tage des Verlustes der Beschäftigung an rückwärts gerechnet, vorschreibt. Die Beibehaltung der Behörde, daß dieser Bestimmung nicht entsprochen sei, beruhe darauf, daß die Behörde als den Tag des Verlustes der Beschäftigung den Tag ansieht, an dem der Bewerber vor dem Militärdienst entlassen worden ist, während nach der richtigen Auffassung der Bestimmung als dieser Tag der Tag zu gelten habe, an dem der Verlust der die Versicherung begründenden Beschäftigung eingetreten ist. Der Militärdienst sei aber keine Versicherung begründende Beschäftigung.

Von diesen Gesichtspunkten aus stellte das Oberste Verwaltungsgericht einen Rechtsgrund für auf Arbeitslosenbeihilfe

begründende Zeitspanne, wenn der Angestellte seinen Dienstposten infolge Einberufung zum Militärdienst verloren hat, begann nicht vom Tage des Verlustes des Arbeitspostens an, sondern vom Tage der Entlassung aus dem Militärdienst (Art. 17, 46 und 57 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. November 1927 Pos. 911 des „Dziennik Ustaw“. Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 17. November 1928 Reg. Nr. 2589/31.)

## Rundfunk-Programm.

Freitag, den 5. Januar.

### Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 08.45: Leibesübung. 09.00: Schallplatten. 09.25: Tiere haben ihre Bünde. 09.40: Gedanken um Goethe. 10.10: Haushalt für Anfänger. 10.30: Schallplatten. 10.50: Spieldosen im Kindergarten. 11.15: Seewetterbericht. 12.00: Zeitunterhaltung: Schallplatten. 13.45: Nachrichten. 14.00: Konzert. 15.00: Mädelstunde. 15.45: Büderstunde. 16.00: Konzert. 17.25: Opernarien von Mozart und Verdi. 18.25: Frau und Volkstrau. 18.45: Better. 19.00: Stunde der Nation. Zu neuen Ufern II: Dem Siedler wird ein Sohn geboren, ein frohes Hörrbild von Bruno Nellys Hafen. 20.05: Bauerndramen auf Schallplatten. 21.50: Deutscher Kalender. 22.00: Nachrichten. 22.15: Seewetterbericht. 23.00–24.00: Nachrichten.

### Breslau-Gleiwitz.

06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 09.00: Frauengymnastik. 12.00: Konzert. 13.25: Blaskonzert (Schallplatten). 18.25: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Dem Siedler wird ein Sohn geboren. 22.00: Abendberichte. 22.35–00.30: Amerikanische Komponisten.

### Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 16.00: Konzert. 18.00: Büderstunde. 18.25: Zwischen Land und Stadt. 19.00: Stunde der Nation. Dem Siedler wird ein Sohn geboren. 20.00: Nachrichten. 20.05: Königsberg: Orchestermusik nach Bildern. 20.25: Danzig: Landesleiter der Deutschen Arbeitsfront. Gerh. Schorries: Entwicklung und Bedeutung der Deutschen Arbeitsfront. 21.20: Neues Licht. 21.40: Acht neuendete Polonaisen für Klavier zu vier Händen von Robert Schumann. 22.00: Nachrichten. 22.30–24.00: Nachrichten.

### Leipzig.

06.45: Musik. 07.25: Konzert. 09.00–09.20: Funfgymnastik. 11.40: Nachrichten. 12.00: Konzert. 13.25: Blaskonzert. 14.25 bis 14.35: Helden von Paul Gurf. 15.25: Für die Frau. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 21.15: Das Traumsiedl d. S. Stefan Aszken. 22.35: Amerikanische Komponisten.

### Warschau.

07.20, 07.40 und 12.05: Schallplatten. 12.38: Schallplatten. 15.40: Lieder. 16.00: Salonorchester. 16.55: Violinovertrag. 17.30: Lieder für Sopran. 18.20: Tanzmusik. 20.15: Sinfoniekonzert. 22.40: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

### Sonnabend, den 6. Januar.

### Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 10.10: Schallplatten. 10.30: Max Jungnickel: Dreikönigstag. 10.50: Fröhlicher Kindergarten. 11.30: Seewetterbericht. 12.00: Alte Dichter zum neuen Jahre. 12.00: Better. 12.05: Zur Unterhaltung (Schallplatten). 14.00: Fröhliches Wochenende (Schallplatten). 15.00: Bastelstunde. 15.45: Wirtschaftliches Wochenende. 16.00: Zum Fest der Heiligen drei Könige. 17.20: Mußtägliche Kleinkunst. 18.05: Jugendstunde. 18.25: Zeitfunk. 18.45: Glockengeläut vom Dom zu Speyer. 18.50: Better. 19.00: Stunde der Nation. Es singt und klingt im deutschen Land. 20.10: Spaz mit Muß. 22.00: Nachrichten. 22.45: Seewetterbericht. 23.00: Tänze.

### Breslau-Gleiwitz.

06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 09.00: Stunde der Hausfrau. 15.20: Die Heiligen drei Könige in Oberschlesien. 18.10: Schlesische Kirchenglocken. 18.25: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Es singt und klingt im deutschen Land. 22.35–01.00: Alte und neue Tänze.

### Königsberg-Danzig.

06.45: Konzert. 08.30: Gymnastik. 09.05: Schulfunkstunde. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.35: Büderstunde. 16.00: Unterhaltungsmusik. 17.00: Die Heiligen drei Könige. 18.25: Vespermusik. 19.00: Stunde der Nation. Es singt und klingt im deutschen Land. 20.00: Nachrichten. 20.05: 100 Jahre Gartenmusik. 21.10: Tanz zum Wochenende. 22.00: Nachrichten. 22.30–24.00: Unterhaltung und Tanz.

### Leipzig.